



# Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 26. Februar 2024**  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

## 23. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.01 Uhr.  
Ende der Sitzung: 17.52 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 22. Sitzung des Gemeinderates vom 29.01.2024 liegt zur  
Einsichtnahme auf.

### **Männliche/weibliche Form im Text**

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt. Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

## **Anwesende**

**Vorsitzender:** Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

### **FPÖ-Gemeinderatsfraktion**

1. Vizebürgermeister: Gerhard Kroiß

3. Vizebürgermeisterin: Christa Raggl-Mühlberger

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Ralph Schäfer BSc MSc

#### Gemeinderäte:

Thorsten Aspetzberger

DI Gunter Haydinger

Mag. Silke Lackner

Ingo Spindler

Sandra Wohlschlager

Fabian Bauer

Mag. Paul Hammerl, MA

KR. Herwig Mayer, MBA

Ing. Olivera Stojanovic, BSc

Carmen Pühringer, MSc

Gerhard Bruckner

Christiane Kroiß

Ronald Schiefermayr

Anna Maria Wippl, BA BA

### **SPÖ-Gemeinderatsfraktion**

2. Vizebürgermeister: Mag. Klaus Schinninger

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Stefan Ganzert

#### Gemeinderäte:

KR. Karl Schönberger

Laurien Scheinecker, BA

Mag. Bernhard Humer

Mag. Hannah Stöger Müller, MBA

Gloria-Maria Umlauf

Johann Reindl-Schwaighofer MBA

### **ÖVP-Gemeinderatsfraktion**

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Dr. Martin Oberndorfer

#### Gemeinderäte:

Birgit Ebetshuber

Markus Wiesinger

Ludwig Vogl

Andreas Weidinger

### **GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Thomas Rammerstorfer

#### Gemeinderäte:

Mag. Ralf Drack

Hülja Ylmaz

Miriam Faber

Alessandro Schatzmann

### **MFG**

#### Gemeinderat

Jörg Wehofsich

### **Vom Magistrat:**

MD Dr. Peter Franzmayr

sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

### **Schriftführer:**

W.OAR. Inge Maderthaner

Helga Rosenberger

#### entschuldigt:

GR. Silvia Huber, MPA, GR. Christian Kittenbaumer, GR. RegRat Walter Zaunmüller

# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, weist darauf hin, dass die Sitzung aufgezeichnet und im Internet übertragen wird,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 15. Februar 2024 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

## Mitteilungen des Bürgermeisters

Bgm. Dr. Rabl: Ich darf ihnen mitteilen, dass ich von den Anwälten für Grundrechte ein Schreiben bekommen habe – das ist erstmalig, weshalb ich es im Gemeinderat erwähne. Es geht um Auswirkungen der Änderungen der WHO-Empfehlungen, verpflichtete WHO-Vorgaben auf die österreichische Souveränität. Es ist das erste Mal, dass ich einen Brief bekomme mit der Bitte diesen an alle Gemeinderatsmitglieder weiterzuleiten. Das mache ich hiermit. Dem Ersuchen diesen Brief im Gemeinderat zu verlesen, gebe ich nicht statt. Wir werden es in Zukunft so handhaben, wenn es ein Ersuchen gibt einen Brief an sämtliche Gemeinderäte weiterzuleiten, werde ich dies auch tun und in den Mitteilungen des Bürgermeisters kurz erwähnen. Ich halte es für nicht sinnvoll am Beginn der Gemeinderatsitzung seitenweise Briefe von unterschiedlichen Initiativen vorzulesen. Nur als Erklärung, warum dies weitergeleitet wurde. Es gab hier ein ausdrückliches Ersuchen.

Bestellung von Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Personalbeirates  
Verf-015-W-4-2024

Bgm. Dr. Rabl: Gemäß § 20 Oö. Objektivierungsgesetz 1994 werden die Mitglieder des Personalbeirates durch den Gemeinderat auf die Dauer seiner Funktionsperiode bestellt. Die Dienstgebervertreter werden von den im Gemeinderat vertretenen Parteien nach ihrer Mandatsstärke nominiert. Die Dienstnehmervvertreter werden auf Grund von Vorschlägen der Personalvertretung bestellt.

Aus Anlass des Mandatsverzichtes von GR. Christoph Angelo Rigotti brachte die FPÖ-Gemeinderatsfraktionen einen Wahlvorschlag für die Bestellung eines neuen Dienstgebervertreters als Ersatzmitglied ein. Dieser lautet:

„Personalbeirat (Dienstgebervertreter)  
gem. § 20 Objektivierungsgesetz 1994“

Mag. Silke Lackner (Ersatzmitglied)

Der Wahlvorschlag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, GR. Mag. Drack, MFG)  
gegen 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion ohne Mag. Drack)

angenommen.

Auf Seiten der Dienstnehmervertreter erklärte das Mitglied GR. Mag. Silke Lackner mit Wirkung vom 31.01.2024 ihren Rücktritt aus dem Personalbeirat. Die Personalvertretung brachte daher einen Wahlvorschlag für die Bestellung eines neuen Mitgliedes ein. Dieser lautet:

„Laut Schreiben von Mag. Silke Lackner vom 18.01.2024 legt sie mit Wirkung 31.01.2024 ihr Amt als Personalvertreterin bzw. als Mitglied des Personalbeirates (Fraktion AUF) zurück.

Frau Mag. Lackner gibt ebenfalls in diesem Schreiben als ihren Nachfolger seitens der Fraktion AUF Kollegen Patrick Würger bekannt. Dieser soll auch in sämtliche Gremien nachrücken. Wir dürfen daher um Änderung bei der Zusammensetzung der Dienstnehmervertretung gemäß § 20 Oö. Objektivierungsgesetz ersuchen. Neues Mitglied der Dienstnehmervertretung ist daher anstelle von Kollegin Mag. Silke Lackner unser Kollege Patrick Würger.“

Der Wahlvorschlag der Personalvertretung – wie oben angeführt – wird mit

30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, GR. Mag. Drack, MFG)  
gegen 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion ohne Mag. Drack)

angenommen.

### Aktuelle Stunde

Bgm. Dr. Rabl: Es brachte die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion ein Thema zur Aktuellen Stunde ein. Die FPÖ-Gemeinderatsfraktion ebenfalls, ein paar Tage später. Nach dem Statut der Stadt Wels und der Geschäftsordnung für den Gemeinderat ist nur eine Aktuelle Stunde durchzuführen. Liegen mehrere Anträge vor, hat der Herr Bürgermeister zu entscheiden, wobei prinzipiell darauf Rücksicht zu nehmen ist, wann eine Aktuelle Stunde beantragt wurde. Die erste wurde von der GRÜNE-Fraktion beantragt. Allerdings ist darauf Bedacht zu nehmen, dass es zu einer Abwechslung bei den Aktuellen Stunden kommt. Nachdem die GRÜNE-Fraktion letztes Mal bereits eine Aktuelle Stunde hatte, ist dieses Mal die FPÖ-Fraktion zum Zug gekommen. Ich ersuche um die Ausführungen.

Die FPÖ-Gemeinderatsfraktion hat zur Aktuellen Stunde das Thema „Kinderbetreuung“ bekanntgegeben.

GR. Kroiß: In der heutigen Aktuellen Stunde möchte ich über ein äußerst wichtiges Thema, das viele Eltern in unserer Stadt beunruhigt, sprechen. Es geht um die aktuell fehlenden Kinderbetreuungsplätze in der Stadt Wels. In den letzten Monaten wurde eine alarmierende Zunahme von Anfragen gestellt, die auf einen enormen Mangel an Kindergarten- und Krabbelstubenplätzen hinweist. Besonders hart trifft es die alleinerziehenden Mütter, Väter und Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind. Auch Kinder mit sonderpädagogischem Bedarf, sogenannte Integrationskinder, stehen vor großen Hürden einen angemessenen Betreuungsplatz in Wels zu finden.

Die Situation wird u.a. mit der Reduktion der Kinderanzahl pro Gruppe durch das Land ab dem Herbst verschärft. Auch die einzige Integrationsgruppe ist zurzeit voll besetzt. Die Plätze sind rar, beides erfordert nämlich zusätzliches Fachpersonal, das bereits jetzt überall händierend gesucht wird. Es ist unerlässlich, dass hier rasch gehandelt wird, um den Familien, den alleinerziehenden Elternteilen und den Kindern eine gerechte Betreuung zu ermöglichen.

Der Kindergartenreferent, Vzbgm. Mag. Schininger, hat die Möglichkeit die Zahl der betreuenden Kinder pro Gruppe zu erhöhen und damit zusätzliche Betreuungsplätze zu schaffen. Doch bislang fehlen einheitliche Richtlinien, die für alle Kindergärten und Krabbelstuben verbindlich sind. Es ist höchste Zeit ein Regelwerk zu erarbeiten, das alle städtischen und privaten Kinderbetreuungseinrichtungen zusammenführt und klare Vorgaben für die Platzvergabe macht.

Des Weiteren ist es von entscheidender Bedeutung für die Zukunft, dass weitere Neubauten und Projekte von Kinderbetreuungseinrichtungen vorangetrieben werden. Insbesondere in den Stadtteilen mit hohen Neubauten, wie der Gartenstadt, Vogelweide, Neustadt, ist ein dringender Bedarf gegeben. Es darf nicht zugelassen werden, dass Kinder aufgrund fehlender Plätze zurückgelassen und Eltern vor unlösbare Probleme gestellt werden.

Beschwerden über unzureichende Kontrollmechanismen bei der Vergabe von Kindergartenplätzen sind ebenfalls äußerst beunruhigend. Es sollte gewährleistet sein, dass Kinder von berufstätigen Eltern Vorrang haben. Ein klares Überprüfungsverfahren sollte eingeführt werden. Der Missbrauch sollte gestoppt werden.

Die neue Regelung des Landes Oberösterreich, die ab September 2024 die Elternbeiträge für Krabbelstubenbesuche bis 13.00 Uhr entfallen lassen sollen, führt jetzt schon zu einer verstärkten Nachfrage in den Kinderbetreuungseinrichtungen. Wie sieht für diese steigende Anzahl der Betreuungsplätze im Kleinstkindalter das Konzept aus? Gibt es dafür überhaupt ein Konzept?

Im Ausschuss wurde bis jetzt nicht darüber gesprochen bzw. wurde nichts vorgelegt. Ein weiteres Problem meiner Meinung nach besteht aktuell bzw. schon länger darin, dass nur wenige Absolventinnen der pädagogischen Hochschule in ihrem Beruf bleiben. Als zweitgrößte Stadt in Oberösterreich muss überlegt werden, wie pädagogisches Fachpersonal bereits während der Ausbildungszeit und der Praxisphase nach Wels gezogen werden kann und dieses auch in Wels bleibt.

Ich möchte betonen, dass die Welser Freiheitlichen großen Handlungsbedarf im Bereich der Kinderbetreuung sehen. Wels benötigt dringend konkrete Maßnahmen und umfassende Konzepte, um die Herausforderungen zu bewältigen und sicherzustellen, dass jede Familie, die einen Bedarf hat, einen Platz bekommt und eine qualitativ hochwertige Betreuung gesichert ist.

Abschließend möchte ich mich noch beim pädagogischen Personal und den Assistentinnen bedanken. Ihre unermüdliche Arbeit, Hingabe und Engagement sind die Grundpfeiler unseres Betreuungssystems. Ohne diese wäre ich bzw. einige Mitglieder heute nicht hier.

Vzbgm. Mag. Schinninger: Kollegin Kroiß, vielen Dank für dein Thema in der Aktuellen Stunde. Dieses Thema liegt mir nicht nur als Referent am Herzen, sondern dieses Thema begleitet mich seit dem Jahr 1988 teils beruflich, aber vor allem auch im Ehrenamt. Ich freue mich, dass du dieses Gremium nutzt, um auf ein für Wels spannendes Thema hinzuweisen. Ich verstehe auch, dass du den öffentlichen Auftritt suchst, obwohl du als Mitglied des Bildungsausschusses ja immer die Möglichkeit hättest – und das nicht nur in den Ausschüssen, sondern du hast auch meine Telefonnummer – Fragen zu stellen. Bei Durchsicht aller Protokolle unseres gemeinsamen Ausschusses stellte ich fest, seit eineinhalb Jahren gibt es im Ausschuss keine einzige Frage, keine Wortmeldung von Kollegin GR. Christiane Kroiß – keine einzige Wortspende.

Und dies obwohl Kollegin Kroiß offenbar – das gestehe ich ihr auch zu – die Expertin der FPÖ im Bereich Kinderbetreuung ist, ist sie doch auch Geschäftsführerin der KinderbetreuungsgmbH von Abenteuer Familie. Aber vielleicht geht es hier ja gar nicht um die Sache, sondern um reinen Populismus. Aber wie gesagt, danke für diese Aktuelle Stunde, aber – wir erinnern uns – keine einzige Wortspende.

In den Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen der Stadt Wels werden mit aktuellem Stand letzter Woche in Summe 1.128 Kinder betreut. Perfekt betreut von in Summe 301 bestens ausgebildeten Pädagoginnen/Pädagogen und sehr gut geschulten Hilfskräften. Der Kollegin Kroiß darf ich in Erinnerung rufen, dass wir hier einen Meilenstein gesetzt haben, indem wir über unsere Volkshochschule seit dem letzten Herbst die Ausbildung der Hilfskräfte selbst in die Hand genommen haben. Das ist in Österreich wahrlich einzigartig.

Da darf ich mich bei Kollegen StR. Dr. Oberndorfer, Abteilungsleiter Mag. Sturmaier und den verantwortlichen Lehrenden für die tolle Unterstützung bedanken. In 12 Krabbelstübengruppen, 62 Kindergartengruppen, in denen wir übrigens einen Auslastungsgrad von 99,7 % haben, 24 Hortgruppen, davon über alle Altersgruppen hinweg in Summe 20 I-Gruppen, sind unsere Mitarbeiter täglich für die Kinder und deren Familien im Einsatz. Sehr oft an deren oder über deren Belastungsgrenzen. Wir haben 301 Mitarbeiter zum Wohle der Kinder. Laut Dienstpostenplan sollten es aber 323 Mitarbeiter sein. All diese Daten sollte auch der Herr Bürgermeister als Personalreferent kennen. Der Personalreferent - und der alleine - hat dafür zu sorgen, dass alle Stellen laut diesem Dienstpostenplan besetzt sind. Egal, ob im Regelbetrieb oder im Springerinnenpool, für den ich im Übrigen sehr dankbar bin.

Die privaten Einrichtungen in unserer Stadt leisten auch einen immens wichtigen Beitrag zur Versorgung mit Betreuungsplätzen. In 22 Krabbelstübengruppen, 25 Kindergartengruppen und 6 Hortgruppen werden auch hier in Summe 793 Kinder – Stand letzten Freitag

– betreut. In all unseren Einrichtungen gibt es immer Überschreitungen der maximalen Kinderanzahl pro Gruppe. Da muss ich leider den Herrn Bürgermeister etwas korrigieren, der in den OÖNachrichten sagt, dass es gesetzlich möglich wäre die Gruppengrößen von 20 auf 22 Kinder zu erhöhen. Das stimmt so nicht, da die derzeitige Gruppengröße laut Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz des Landes Oberösterreich aktuell ohnehin 23 Kinder in einer Kindergartengruppe, 10 Kinder in einer Krabbelstübengruppe und 23 Kinder in einer Hortgruppe beträgt. Ab dem 1. Sept. 2025 erfolgt lt. Gesetz eine Reduktion im Kindergarten auf 22, ab dem 1. Sept. 2028 auf 21 Kinder, also nie die Rede von 20 Kindern, schon gar nicht aktuell. Ich weiß nicht, worauf die Aussage des Bürgermeisters hier fußt. Lieber Andreas, du hättest die Möglichkeit mich in den Jour Fixe-Gruppen diesbezüglich zu befragen und du würdest von mir jegliche Informationen erhalten.

Vielleicht wäre es als Jurist auch möglich gewesen den Gesetzestext zu lesen, dort heißt es: In den Gruppen einer Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtung ist eine Überschreitung der zulässigen Kinderhöchstzahl von maximal 2 Kindern zulässig, wenn die Notwendigkeit der Überschreitung aufgrund der Berufstätigkeit, Arbeitssuche oder Ausbildung der Eltern oder aufgrund sonstiger familiärer oder sozialer Verhältnisse gegeben ist und die personellen, räumlichen Voraussetzungen eine Überschreitung zulassen. Wie schon vorhin erwähnt, lassen wir diese Überschreitungen zu, wenn es – da bin ich beim vorigen Punkt des Dienstpostenplanes – auch personell möglich ist. Jede Überschreitung wird seitens der Dienststelle mit den Leiterinnen und Leitern besprochen und dann entschieden. Da haben unsere Leitungen die absolute Kompetenz.

In den Runden mit den Abteilungsleitern erhält der Herr Bürgermeister sicher auch alle weiteren Informationen, falls er meinen Zahlen nicht glaubt. In Wahrheit hat der Herr Bürgermeister viel mehr Möglichkeiten und Zugänge an Daten und Fakten zu kommen, die ich als Referent zum Beispiel gar nicht habe. Da können wir vier Nicht-FPÖ-Referenten ein Lied davon singen.

Lt. Frau Kollegin Kroiß gäbe es auch Beschwerden, dass Kinder von nichtberufstätigen Eltern einen Betreuungsplatz bekommen, während berufstätige Eltern kein Platz zur Verfügung steht. Dem muss ich entgegen, dass ich diese Praxis mit meinem Amtsantritt abgestellt habe. Außer in ganz dringenden Fällen gehen wir davon ab, wenn es um das Wohl des Kindes geht. Kinder von berufstätigen Eltern oder Eltern, die in Ausbildung sind oder Kurse besuchen, haben also absolute Priorität. Die Kinder, von denen die FPÖ hier spricht, sind noch Altlasten und Versäumnisse meiner Vorgängerin. Da hat man es früher offenbar nicht ganz so genau genommen wer aller einen Platz bekommt.

Leider hat sich auch eine Art „Vernadertum“ unter den Eltern oder selbst ernannten „Pseudo-Gerechtigkeitsfanatikern“ eingeschlichen. Zum Glück beschränkt sich das aber auf einige wenige Unbelehrbare, die keinerlei Argumentation zugänglich sind, oftmals leider gar nicht zuhören. Mit denen bin ich auch persönlich in Kontakt. Soviel daher, liebe Christiane, zum Thema wir antworten nicht, wenn es Anfragen gibt. Schlichtweg die Unwahrheit, da jede Anfrage, jede Intervention mit der Dienststelle besprochen wird und die Betroffenen dann informiert werden. Liebe Kollegin Kroiß, ich weiß auch nicht wie ihr in der FPÖ-Fraktion kommuniziert. Aber hättest du auch hier einmal im Ausschuss fragen können? Wir erinnern uns – es gab keine einzige Wortspende.

Es gibt natürlich Überlegungen und Konzepte, wie wir dem Mangel an Betreuungsplätzen entgegenwirken werden, entgegensteuern können. Bei der letzten Klausur der Führungskräfte in Wesenufer am 21./22.4.2023 habe ich ganz genau erörtert – hier sind die Konvolute dazu – wo wir in Zukunft Bedarf haben. Egal ob Krabbelstuben, Kindergärten, Horte, Ganztageseschulen oder auch Schulen. Wir haben es sogar herabgebrochen auf die einzelnen Stadtteile, hochgerechnet bis ins Jahr 2040 parallel zur Stadtstrategie. Gerne, liebe Christiane, lade ich dich auch hier ein dir das zu zeigen und gemeinsam zu erörtern. Auch der Herr Bürgermeister kennt das alles. Da hätte er als zuständiger Referent durchaus vorausschauend für den Ankauf von Grundstücken schon mal tätig werden können.

Auch der Planungsstadtrat Schäfer kennt das alles und er hätte – Interesse vorausgesetzt – das vorgestellte Konzept in seine Überlegungen miteinbeziehen können. Aber es ist natürlich viel leichter die Schuld und die Verantwortung dem Bildungsreferenten zuzuschieben. Angeblich wurde uns ja zwischenzeitig im Norden der Stadt ein Grundstück angeboten. Ich habe mir auch das Vorort angesehen und ich denke, dass das ein sehr guter Platz für eine Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtung wäre.

Liebe Christiane, ich erinnere dich auch an die Budgetsitzung im Dezember 2023. Da wurde u.a. beschlossen, dass das Geld für einen Masterplan Krabbelstuben, Kindergärten, Horte, GTS und Schulen zur Verfügung steht. Wir arbeiten seit mehreren Wochen daran, wir sehen das gesamtheitlich, wir tragen alle Daten zusammen und ziehen daraus unsere Schlüsse für die Zukunft. Auch um meine Ausführungen und Darstellungen beim Führungskräftemeeting zu untermauern.

Ebenso bin ich im Gespräch mit der Wirtschaftskammer. Auch hier gibt es Einigkeit darüber, dass die Situation für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Speziellen für Alleinerziehende bei der Suche nach einem Betreuungsplatz nicht einfach ist. Viele größere Unternehmen unterstützen uns als Stadt ja auch mit ihren Betriebskindergärten. Vielen Dank allen Unternehmerinnen und Unternehmern dafür. Gemeinsam mit der Wirtschaftskammer erarbeiten wir Ideen wie es gelingen kann noch mehr solcher Bildungseinrichtungen für unsere Kinder zu schaffen.

Wir pflegen auch den Austausch mit dem Institut Hartheim und dem heilpädagogischen Kindergarten, welche Möglichkeiten es denn gäbe, dass diese hervorragenden Einrichtungen uns noch mehr Kinder mit besonderem Betreuungsbedarf aufnehmen könnten. Durch diese Aufnahme von I-Kindern würden wir unsere eigenen Einrichtungen entlasten, nicht nur personell, sondern vor allem auch von der Kinderanzahl her. Da wissen wir ja, dass in einer I-Gruppe nicht so viel Kinder betreut werden dürfen wie in Gruppen ohne I-Kinder.

Auch gibt es Treffen mit privaten Betreibern welche Projekte diese umsetzen wollen. Letztes Jahr drei dieser Treffen an der Zahl. Und auch da habe ich nachgesehen, Christiane, keine Frage, kein Beitrag, keine Wortspende von dir.

Im letzten Herbst haben u.a. die Kinderfreunde eine Krabbelstube eröffnet, zwar eine kleine, aber immerhin. Danke an die Kinderfreunde und an ihre Vorsitzende Kollegin Laurin Scheinecker, BA. Und Abenteuer Familie, da kommen wir ja beim TOP 5 und 6 dazu, werden im März mit dem Bau einer zehngruppigen Einrichtung beginnen. Im Herbst 2025, da bedanke ich mich wirklich bei Abenteuer Familie, werden in der Durisolstraße 174

Kinder betreut werden. Da darf ich Abenteuer Familie und der Stadt Wels gratulieren. Einerseits Abenteuer Familie, die das Projekt umsetzt, andererseits der Stadt, die dafür die Kosten übernimmt durch eine Erstfinanzierung von 2,15 Mio. Euro – TOP 5 – und dann den Restbetrag von knapp 4 Mio. Euro – TOP 6 über die zu vereinbarende Abgangsdeckungsvereinbarung.

Wie sie hier alle sehen ein wirklich umfangreiches Arbeitspaket. Ein Arbeitspaket, das in einem ersten Schritt uns auf jeden Fall die Notwendigkeit nach neuen Kindergärten und auch nach einer neuen Schule aufzeigt. Gemeinsam - ohne politisches Geplänkel - werden wir unser Ziel erreichen zum Wohle der Kinder und der Familien in unserer Stadt.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Lieber Klaus, danke für deine vom Zettel vorgetragene Rede, sie war wirklich mitreißend und hat uns all jene Informationen gebracht, die unbedingt erforderlich waren. Das was ich zu deiner Rede leider festhalten muss ist, dass sie zwar vor Selbststolz trieft, was man nicht alles geleistet hat als Referent, gratuliere auch dazu. Dass aber gleichzeitig zu einem Mittel gegriffen wird, das alles andere als schön ist, nämlich dass man denjenigen, der eine Initiative ergreift, einfach „heruntertrötelt“ halte ich deswegen für bedenklich, weil ich erinnere daran wieviel Anfragen die SPÖ in diesem Gemeinderat schon gestellt hat, die alle beantwortet sind, obwohl du Zugriff auf diese Daten hast, obwohl die SPÖ natürlich auch den Bürgermeister direkt fragen könnte, obwohl die SPÖ in allen Ausschüssen sitzt. Ich halte es für ein absolut demokratisch legitimes Instrument, dass zu einem bestimmten Thema, welches der Freiheitlichen Partei unter den Nägeln brennt – nämlich die Kinderbetreuung – eine Aktuelle Stunde stattfindet. Da ist es dann schon auch erforderlich gewisse Themenbereiche anzusprechen. Dass du dann so empfindlich, fast pfauenhaft darauf reagierst, ist schon verwunderlich. Ich hätte mir schon erwartet, dass du mit mehr Souveränität in diese Auseinandersetzung gehst. Es ist relativ leicht als Vizebürgermeister auf eine kleine Gemeinderätin „herunterzuhauen“. Davon halte ich prinzipiell sehr wenig. Wenn ich ehrlich bin, habe ich deinen Stil anders eingeschätzt

Ganz prinzipiell in der Sache selbst: Wir haben ein paar Probleme im Bereich der Kinderbetreuung und deswegen ist es auch ein aktuelles Thema, weil wir nicht ausreichend Kinderbetreuungsplätze haben und wir unbedingt neue Betreuungseinrichtungen benötigen. Auf diesem Weg haben sich viele Fragen gestellt, die du bisher schuldig geblieben bist zu beantworten. Die erste ist einmal wo überhaupt ein neuer Kindergarten gebaut werden soll? Da ist es natürlich leicht zu sagen, der Bürgermeister soll einmal ein paar Grundstücke herbeischaffen. Wenn ich nicht weiß in welchem Bereich fällt es mir schwer Grundstücke herbeizuschaffen. Eine Initiative von dir in diesem Bereich vermisste ich bisher. Wenn ich nicht die ganze Zeit herumlaufe, bei Wohnungsgenossenschaften und anderen potentiellen Verkäufern von Grundstücken, läge noch gar nichts am Tisch. Dazu auch die Durisolstraße. Der von dir viel gepriesene Kindergarten Durisolstraße (TOP 5), über den wir heute abstimmen, ist bekanntlich nicht von dir initiiert worden, sondern von deiner Vorgängerin StR.a.D. Josseck-Herdt, die auch zwei andere Kindergärten sanierte. Von dir habe ich noch keine diesbezügliche Initiative gesehen oder gehört, geschweige denn eine gewisse Umsetzung, d.h. du profitierst von dem, was die Referentin vor dir machte. Dann jetzt zu sagen, dass sind Versäumnisse von ihr, nämlich jene Kinder, die ohne Berufstätigkeit der Eltern einen Kindergartenplatz bekommen, obwohl sie schon drei Jahre in Pension ist – man kann Kinder nicht länger als drei Jahre in Kindergärten geben – ist auch besonders billig! Man soll nicht die Verantwortlichkeiten ständig abschieben auf

denjenigen, der vorher da war, sondern selbst tätig werden. Das würde uns besser anstehen und würde vor allem Probleme lösen. Ich kann nicht die ganze Zeit andere verantwortlich machen und so tun als hätte ich mit der Sache gar nichts zu tun. Auch das ist etwas, was mich eher enttäuscht. Tun wir also nicht so als wären immer die Anderen Schuld, sondern kommen wir selbst ins Werken.

Da ist bisher wenig passiert. Wenn du sagst, du hast ein Konzept zur Kinderbetreuung vorgestellt beim Führungskräftemeeting, so ist das nett. Ich kenne ein solches nicht, wenn ich ehrlich bin. Vielleicht bin ich auch keine Führungskraft, das kann ja sein. Aber es gibt kein Kindergartenkonzept für die Stadt Wels. Sonst wäre es auch nicht notwendig, dass du, lieber Klaus, jetzt extra € 10.000,-- im Budget bekommen hast für genau jenen Masterplan, den du jetzt machst. Das ist ja ein bisschen widersprüchlich. Das von dir vorgestellte Kindergartenkonzept ist jenes, das übrigens deine Vorgängerin noch machte, insofern ist es nicht mehr ganz aktuell.

Wie gesagt, es ergibt ja auch keinen Sinn, dass wir im Gemeinderat bei der Budgetsitzung € 10.000,-- beschließen und du sagst, du hast ein solches Konzept schon. Da stelle ich mir die Frage wofür wir diese € 10.000,-- für einen Masterplan brauchen? Diesen hast du schon groß angekündigt und hast Gespräche geführt mit der Wirtschaftskammer und dem Institut Hartheim usw. Also man muss sich schon die Frage stellen, was ist jetzt wirklich dahinter? Ich führte noch kein einziges Gespräch mit dir als Referent oder sonst irgendwie, wo du mir sagst, was du zum Thema Masterplan Kindergarten vor hast. Darüber weiß ich ehrlicherweise überhaupt nichts. Aber vielleicht kommt es ja noch. Ich freue mich jedenfalls darauf, wenn das so ist, dann weiß ich es geht etwas weiter in dieser Stadt. Dann weiß ich es werden die wichtigen Probleme in dieser Stadt auch angegangen. Das ist aus meiner Sicht wichtig.

Wenn du die KinderbetreuungsgmbH von Christiane Kroiß ansprichst, so hätte dir ein kurzer Blick ins Firmenbuch gezeigt, dass es eine derartige GmbH nicht gibt. Ich weiß nicht woher du diese Information hast, dass es hier eine GmbH gäbe. Das ist ein ganz normaler Verein, wie es im Übrigen auch die Kinderfreunde sind.

Ich wünsche mir wir würden jetzt zu einer Problemlösung kommen. Der Befund ist ja relativ klar. Wir wissen wir haben zu wenig Kinderbetreuungsplätze, wir haben zu wenig Krabbelstubenplätze und ich würde mir konkret wünschen, dass wir daran arbeiten diese zu lösen. Jetzt haben wir einen Kindergarten, der vor vier Jahren konzipiert wurde. Da sieht man auch wie lange es dauert vom Startschusskonzept bis zur Umsetzung. 5 Jahre sind hier gar nichts. Einen einzigen Kindergarten, den wir heute beschließen mit 10 Gruppen gibt es erst nach vier Jahren. Dieser kommt im Jahr 2025 zur Umsetzung. Wir brauchen aber nächstes, übernächstes Jahr schon neue Kinderbetreuungsplätze. Dazu fehlt mir jede Initiative. Ich weiß nicht wo das gebaut werden soll, auf welchem Grundstück das gebaut werden soll, in welcher Größe das gebaut werden soll – hier habe ich bisher gar keine Information erhalten. D.h. wir müssen uns intensiv einmal damit beschäftigen was brauchen wir überhaupt, wo, in welcher Größe, welche Grundstücke haben wir dort zur Verfügung. Bisher habe ich nichts gesehen.

Zweitens brauchen wir eine einheitliche Regelung dafür, wieviel Kinder überhaupt betreut werden dürfen. Das meine ich jetzt nicht gesetzlich – den Gesetzestext kenne ich selbstverständlich, lieber Klaus – sondern dass wir eine Regelung haben. Es gibt ein paar Kindergärten, in denen in den Überbelag gegangen wird. Da kann man statt 23 Kinder 25

Kinder betreuen. In anderen Kindergärten ist das nicht notwendig, da wird gesagt, ja das ist ein Schatz des Referenten, die muss es nicht machen, der andere muss es schon machen, je nachdem wo es halt ist und wenn es halt gefällt, wird ein bisschen mehr oder ein bisschen weniger in den Überbelag gegangen. Damit wir uns das ein bisschen vorstellen können, das sind 100e Kinder, die zusätzlich betreut werden können, nur wenn wir in den Überbelag mit 2 Kindern gehen. Jetzt ist mir völlig klar, dass das nicht in jeder Gruppe geht, steht ja auch im Gesetz nach Maßgabe der Räumlichkeiten usw. Übrigens mit dem Personal hat das überhaupt nichts zu tun, ob man in den Überbelag geht, weil die Personalsituation gesetzlich immer gleich ist. Das zur leichten Korrektur in diesem Zusammenhang. Aber es ist egal. Es geht hier jedenfalls um 100e Kinder, die zusätzlich betreut werden können. Mir wäre es wichtig, dass es eine einheitliche Regelung gibt und dass nicht die eine Gruppe sagt, ich kenne den Referenten, deswegen muss ich das nicht machen und die andere Gruppe hat vielleicht nicht so einen guten Zugang zu dir, die muss es dann machen, muss mehr Kinder betreuen. Ich bin für objektive Kriterien, die für alle gelten und wo nicht nach persönlichen Befindlichkeiten oder persönlichen Beziehungen zum Referenten ausgesucht wird muss ich jetzt mehr betreuen, ja oder nein. Eine einheitliche Richtschnur, eine einheitliche Regelung, so wie es gehört nach objektiven Kriterien muss ich in den Überbelag gehen oder muss ich nicht in den Überbelag gehen. Da gibt es jedenfalls großes Potential, da muss man mit den Betreuerinnen sprechen, mit den Leitungen sprechen, was ist verkraftbar, was ist nicht verkraftbar, hier fehlt alles, es gibt genau gar nichts!

Zweitens wünsche ich mir – auch das ist wichtig -, dass wir einheitliche Regelungen haben wie wir damit umgehen, wenn Kinder angemeldet werden, wo nicht beide Elternteile berufstätig sind, beispielsweise die Mutter zu Hause ist und auch hier die Möglichkeit besteht, dass das Kind zu Hause betreut wird. Für die Zuseher ganz allgemein: Es gibt die Regel, wenn ein Elternteil zu Hause ist geht man davon aus, dass dieser selbst auf sein Kind schauen kann und er nicht unbedingt einen Kindergartenplatz braucht. Warum ist das notwendig? Ganz einfach, wenn beide Eltern arbeiten, dann brauchen beide Eltern unbedingt einen Kindergartenplatz, sonst können sie nicht arbeiten gehen. Wenn jetzt ein Elternteil nicht arbeitet und das Kind trotzdem einen Kindergartenplatz verbraucht, dann fehlt ein anderer Kindergartenplatz. Das führt oft zu Existenzängsten der Familien, die unbedingt auf zwei Einkommen angewiesen sind. Deswegen ist es mir wichtig, es sollen nur jene Kinder in die Kindergärten gehen, wo beide Elternteile arbeiten.

Jetzt stellt sich die Frage wie das eigentlich kontrolliert wird? Wird das nachkontrolliert oder nicht? Ich kenne hier keine Richtlinie aus dem Haus Magistrat, lieber Klaus. Vielleicht wäre es notwendig, dass du einmal eine solche ins Leben rufst oder eine Kontrollinstanz diesbezüglich einrichtest oder vielleicht im Nachgang einmal wer kontrolliert, ob das überhaupt geht. Die Beschwerden, die uns erreichen, sind nicht Beschwerden, die vor drei Jahren von der Vorgängerreferentin übriggeblieben sind, wenn du die Schuld schon abschiebst. Du bist ja nie schuld, sondern immer wer anderer. Also es wäre einmal wünschenswert, dass du selbst dieses Problem angehst. Diese Beschwerden sind ganz aktuell, beispielsweise jene aus der Pernau, die du ja selbst auch bekommen hast. Diese Person hat sich beschwert, dass du ihr nicht geantwortet hast. Das ist wahrscheinlich immer ein Zufall, wenn das dann bei mir landet. Kann schon sein. Jedenfalls ist es so lieber Klaus, es gibt nach wie vor ein Problem und dieses gehört angegangen und behoben. Vielleicht können wir uns darauf einigen, dass dieses Problem gemeinsam angegangen wird. Wir würden dich dabei jedenfalls bestmöglich unterstützen. Das ist völlig klar!

Der dritte Punkt ist, wir brauchen zusätzliche Kinderbetreuungseinrichtungen für Eltern, die kurzfristig zum Arzt gehen müssen, die nicht wissen wohin mit ihrem Kind. Dieses Problem hast du gar nicht angesprochen. Vielleicht hören wir hier von dir noch das Eine oder das Andere. Es wäre wünschenswert diese Gruppen auszudehnen. Ich weiß, es gibt eine Idee, aber wir sind von einer Umsetzung ganz weit weg, ganz weit weg davon konkrete Maßnahmen diesbezüglich zu hören. Vielleicht kommt das ja noch.

Jedenfalls ist es mir wichtig in diesem Zusammenhang natürlich die Arbeit der Pädagogen zu loben. Mir ist auch wichtig die Arbeit der Helferinnen zu loben. Vielleicht hast du vergessen, dass die Ausbildung der Hilfskräfte bei der Stadt Wels von der Dst. Personal in Angriff genommen wurde auf Initiative des Bürgermeisters. Aber das ist eh ganz klar, dass man das ein bisschen unter den Tisch fallen lässt.

Wenn du kritisierst, dass du die Zahlen nicht zur Verfügung hast, so stehen dir selbstverständlich alle Zahlen, was deinen Bereich betrifft vollumfänglich zur Verfügung, weil du ja vollen Zugriff auf diese Zahlen hast. Ich bin mir sicher, auch der Herr Magistratsdirektor würde dir alle Zahlen geben, würdest du diese benötigen. Offensichtlich hast du nach diesen Zahlen aber nicht gefragt. Es ist dir freigestellt, du bist ja Referent und in deinem Ressort völlig weisungsfrei. Du kannst in deinem Ressort tatsächlich tun und lassen was du möchtest. Ich würde mir nur wünschen, dass es beginnt.

Wenn du also sagst, dass in diesem Bereich für dich schon so viele Initiativen gestartet worden sind, so finde ich das positiv, das muss man auch hervorheben, das unterstreicht es geht grundsätzlich etwas weiter. Ich würde mir nur wünschen, dass Beschlussfassungen hier im Gemeinderat landen, und zwar nicht von der Vorgängerin, wo wir heute einen Punkt beschließen, sondern von dir selbst, die du selbst initiiert hast, wo du selbst tätig wurdest.

Insofern bleiben wir bei dem was es ist, eine Aktuelle Stunde – das ist das Problematisieren eines Themas, das uns wichtig ist. Kinderbetreuung ist der FPÖ wichtig, ist etwas, wo wir eine Garantie abgegeben haben, dass jedes Kind einen Kinderbetreuungsplatz haben sollte. Dazu sind aber verschiedene Maßnahmen notwendig, die nur vom Kindergartenreferenten umgesetzt werden können. Wir tun gut daran gemeinsam möglichst rasch an diesen Maßnahmen zu arbeiten.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

StR. Ganzert: Es wird Zeit mit der Polemik, egal von welcher Seite, egal in welcher Art und Weise ein bisschen herunterzukommen. Die SPÖ ist dafür bekannt, dass ihr die Kinderbildung und Kinderbetreuung ein ganz besonderes Anliegen ist. Wir wissen, es gibt eine Schere was die Pensionen betrifft, was die Altersarmut betrifft, das besonders auch Frauen betrifft. Das ist auch auf die Probleme in der Kinderbetreuung zurückzuführen. Wir bekennen uns auch ganz klar dazu, dass das die erste Betreuungseinrichtung für unsere Kinder sein muss.

Grundsätzlich haben wir uns bei der Fraktionssitzung darüber gefreut, auch über das Thema Glücksspiel reden zu können. Als letzten TOP gibt es noch Gelegenheit dazu. Ich denke es ist ein globales Thema. Das, was hier versucht wird, hätte man vielleicht auch in einer Anfrage lösen können oder man hätte vielleicht auch schon einen gewissen

Vorschlag haben können. Mit dem Finger gegenseitig aufeinander zu zeigen, bringt uns hier nicht weiter.

Alle Referenten präsentierten bei der Klausur wie es bis zum Jahr 2040 aussieht, wie dazu die Pläne stehen. Es sind schon Rahmenbedingungen, unter denen wir arbeiten müssen. Es gibt Bundesländer, da funktioniert Kinderbetreuung ganz anders. Da ist z.B. die Betreuung am Nachmittag kostenlos, dort wird sie auch anders angenommen. Das ist in Wien, Burgenland und Kärnten so. Es gibt Bundesländer wie Oberösterreich, die erst vor wenigen Jahren mit einer Gebühr begonnen haben, die erst jetzt beginnen zumindest am Vormittag die Krabbelstuben kostenlos zu machen.

Es gibt Rahmenbedingungen, die sich ändern, aber ich glaube der Auftrag von uns Gemeinderatsmitgliedern sollte gleich sein – diejenigen, die einen Betreuungsplatz brauchen, sollen einen solchen auch vorfinden. Da gibt es viele, die wollen einen solchen bereits ab 12 Monate, es gibt viele, die wollen diesen erst zu einem späteren Zeitpunkt und es sollte die Aufgabe von uns als Stadt Wels sein, das so zu tun. Wir haben Rahmenbedingungen, unter denen wir arbeiten, was uns möglich ist, was wir machen können. Vzbgm. Mag. Schininger tut sehr viel in dieser Sache, bringt uns seine Expertise mit, aber natürlich sind ihm oft auch die Hände gebunden. Ich weiß noch, in der Vergangenheit sprachen wir über die Qualität in der Kinderbetreuung. Wie war der Betreuungsschlüssel? Es war normal, dass es zwei Pädagoginnen und eine Helferin gab. Ich denke an die Deutsch-Förderkräfte. Das dürfte jedoch nicht ganz so gut funktioniert haben, denn diese Kinder sind jetzt in der Volksschule und wir sehen die Probleme sind noch nicht ausgemerzt.

Es ist ein gewisser Versuch, aber es gibt schon noch Dinge, die wir immer wieder eingemahnt haben. Z. B. bei den Abgangsdeckungsvereinbarungen. Spreche ich mit privaten Trägern, dann sagen diese es ist schwierig etwas zu entwickeln. Ich erkundigte mich bei der Stadtpfarre aktuell. Das war die einzige Einrichtung, die Kinder ab 12 Monate aufgenommen hat. Die sagten es geht sich leider nicht mehr aus. Wir waren die einzigen, wir haben das gerne gemacht, waren auch bekannt dafür, aber durch dieses neue Vertragswerk mit der Stadt Wels ist es für uns umso schwieriger geworden. Das sind jetzt nicht Dinge, die man dem Kollegen Mag. Schininger zuschieben möchte. Es ist einfach die gelebte Praxis, weil die Mehrheit im Gemeinderat diese Dinge festlegte.

Vielleicht sollten wir von dieser Aktuellen Stunde mitnehmen, dass es allen Parteien wichtig ist etwas zu diesem Thema zu tun. Wenn die Betreuungsquote erhöht wird, wäre das als Stadt Wels zu schaffen dem Anteil an Familien, die Bedarf haben, entgegenzukommen. Es ist ein so übergreifendes Thema, wo wir alle zusammenarbeiten sollen. Ich weiß, es möchte sich auch jeder einbringen in dieser Saga, egal in welcher Funktion er tätig ist. Es geht darum gemeinsam etwas weiterzubringen. Es tut vielleicht einmal ganz gut darüber zu sprechen. Es wurden einige Dinge gesagt, die stimmen oder auch nicht. Als Beobachter kann ich sagen, diese Lieblingskindergärten, die es gibt oder auch nicht, sind natürlich ein bisschen eine Erzählung. Dazu hat vielleicht eine gewisse Gegenreaktion stattgefunden, lassen wir bitte hier die Kirche im Dorf.

Wir tauschten jetzt Meinungen aus. Wir werden im jetzt gestarteten Masterplan sehen was alles möglich ist. Ich kann mich schon erinnern an die Budgetverhandlungen, die wir gemeinsam führten. Es gab die gemeinsame Allianz, die versuchte etwas im Budget zu verbessern. Es gab eine Zahl, die sowohl in den Schul- als auch in den Kindergarten-

bereich geht. Da hörten wir, das braucht man nicht. Jetzt brauchen wir es auf einmal doch – also man richtet es sich dann doch wie man glaubt es brauchen zu müssen. Wir sollten in der Sache etwas weiterbringen. Danke!

GR. Kroiß: Vielleicht, um den zeitlichen Aspekt etwas zu berücksichtigen. Es ist jetzt Februar, die Aufnahmen der Kinderbetreuungseinrichtungen sind im März endgültig abgeschlossen. D.h. im Februar werden die Eltern informiert, ob sie einen Kinderbetreuungsplatz im Herbst erhalten oder nicht. Im März bleiben dann sozusagen die Kinder über, die keinen Platz haben. D.h. von März bis September wäre noch genügend Zeit, um sich Möglichkeiten zu überlegen wo man die Kinder unterbringt, ob man in den Überbelag geht oder ob man Alternativen, wie Tagesmütter oder Stundenbetreuung, in Anspruch nehmen kann. All das ist wirklich wichtig jetzt zu erledigen, im Sommer wird das leider zu spät sein. Nicht nur für uns als Kinderbetreuungseinrichtung, sondern auch für die Eltern, die ja ihren Arbeitgebern Bescheid geben müssen, ob sie und mit wieviel Stunden sie zurück an den Arbeitsplatz kommen.

Wenn man in der Stadt Wels 47 Kindergartengruppen und 12 Krabbelstubengruppen rechnet und man macht einen Überbelag pro Gruppe mit 1 Kind, dann wären das auf einen Schlag über 50 Kinder, die zusätzlich betreut werden können. Natürlich ist Rücksprache zu halten mit den Leiterinnen, Assistentinnen und mit den Eltern. Vielleicht ist eine Stundenteilung möglich. Es gibt geteilte Wochen von zwei und drei Tagen, wo dieses Konzept schon sehr erfolgreich umgesetzt wurde.

Polemik finde ich nicht, dass es das ist. Es ist eher ein Gefühl der Eltern und hauptsächlich der Mütter, die tagtäglich in den Einrichtungen anrufen und ratlos sind, wo sie ihr Kind betreuen lassen sollen, wie viele Stunden haben diese Betreuung, können sie die Kinder überhaupt betreuen lassen? Das sollte man schon mitberücksichtigen. Mit den Fingern auf die Vorgängerin zu zeigen, davon möchte ich abraten.

Die Rahmenbedingungen haben sich natürlich geändert. Dazu anmerken darf ich, dass Abenteuer Familie mit 7 Gruppen startete und wir haben uns an die geänderten Rahmenbedingungen angepasst. Wir haben 10 Gruppen in Planung, das kostete uns Zeit, aber wir haben uns angepasst. Ich habe schon irgendwie das Gefühl wir machen einen Schritt nach vorne, wir passen uns an. Also kann man hier nicht von einer Bring- oder Holschuld unsererseits reden, sondern die Bringschuld liegt wirklich auf der Seite des Referenten, der uns vielleicht das Konzept aus dem Jahr 2023 einmal präsentieren könnte in einem Ausschuss. Ja, es ist notwendig, dass Krabbelstuben- und Kindergartenplätze mehr gefördert werden. Ja, es ist möglich und notwendig es jetzt zu tun.

Bgm. Dr. Rabl bedankt sich für die Wortmeldungen in der Aktuellen Stunde und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

1.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2024/03

Der Antrag (Anlage 1) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 08.02.2024:

Die beantragte Kreditübertragung (Anlage 1) wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

2.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Parkgebühren-Verordnung der Stadt Wels 2018 geändert wird (2. Novelle zur Parkgebühren-Verordnung der Stadt Wels)  
FD-Park-10010-2024

Der Antrag (Anlage 2) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 12.02.2024:

Die beigefügte 2. Novelle zur Parkgebühren-Verordnung 2018 der Stadt Wels wird beschlossen.

GR. KR. Schönberger: Diese Ladestationen, wo das stattfindet, bieten wir dort den Strom kostenlos an oder gibt es jemanden, der daraus Gewinne erzielt? Wenn dem so ist würde ich sagen, wenn jemand ein Geschäft, z.B. einen Schanigarten betreibt, muss dieser ja auch für den Parkplatz Ablöse bezahlen. Das würde ich da genauso sehen. Alle anderen Geschäftsinhaber können ja auch nicht einfach einen Parkplatz nehmen und darauf ein Standl aufstellen. Das sollte auch für Energieanbieter so sein. Ich erwarte mir schon, dass der Referent tätig wird und von den Anbietern eine dementsprechende Pauschalgebühr pro Parkplatz einfordert, weil es eine Geschäftsfläche als solche darstellt.

Vzbgm. Kroiß: Du kennst den Finanzreferenten und Bürgermeister, würde er diesen Parkplatz gratis hergeben? Nein!

Bgm. Dr. Rabl: Vielleicht eine kurze Klarstellung meinerseits: Es ist völlig richtig Karl, was du sagst. Es ist aber auch richtig, was Vzbgm. Kroiß sagt. Ich würde mir eher die Hand abschneiden als der Stadt Wels einen Vorteil entgehen zu lassen. Natürlich verlangen wir für diese Parkplätze ein Entgelt, und zwar in der Höhe, dass es dem durchschnittlichen Einkommen der Parkgebühren entspricht. Wir können in diesem Zusammenhang darauf verweisen, die Gewinne aus dem Stromverkauf fließen zum Teil der Stadt Wels zu. Also beides passiert genauso wie beim Schanigarten, wo wir eine Gebühr verlangen, so verlangen wir eine solche bei der Vermietung der Parkplätze. Es gibt keine Gratiszurverfügungstellung der Parkplätze. Es ist selbstverständlich dafür zu bezahlen, als würde ein Auto dort Gebühren zahlen.

Der Antrag zu Punkt 2. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

3.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem Entgelte für kostenpflichtige Einsatzleistungen und Beistellung von Geräten der Feuerwehr festgelegt werden  
(Feuerwehr-Tarifordnung 2024)  
FW-297-01-3-2024

Der Antrag (Anlage 3) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 12.02.2024:

Die beigefügte Feuerwehr-Tarifordnung 2024 samt Anlage I zur Feuerwehr-Tarifordnung 2024 wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

4.)

Anfertigung und Lieferung von Wahlkabinen zur barrierefreien Nutzung;  
Auftragsvergabe an die Firma Böhm3 GmbH, 4611 Buchkirchen  
WS-037-1-1-2024

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 12.02.2024:

Die Zuschlagserteilung (Beilage ./1) betreffend Anfertigung und Lieferung von Wahlkabinen zur barrierefreien Nutzung an die Firma Böhm3 GmbH, 4611 Buchkirchen,

Wolframstraße 4, mit einer Brutto-Auftragssumme von € 68.787,60, darin enthalten 20 % USt. in Höhe von € 11.464,60, wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Mag. Klaus Schinninger

5.)

Verein Abenteuer Familie Kinder- und Jugendbetreuung,  
Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtung in Wels,  
Durisolstraße; Vertragsänderung zur  
Subventionsvereinbarung vom 11./13.05.2022  
KI-103-52-2020

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Bildungs- und Gesundheitsausschuss am 08.02.2024:

Beiliegende Vertragsänderung zur Subventionsvereinbarung vom 11./13.05.2022 zwischen der Stadt Wels und dem Verein Abenteuer Familie Kinder- und Jugendbetreuung zur Errichtung einer Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtung am Standort Durisolstraße in Höhe von € 2,150.000,-- brutto wird beschlossen.

GR. Faber: Wir GRÜNEN vertreten nach wie vor den Standpunkt, dass eine Kinderbetreuung sowohl in den Krabbelstuben, Kindergärten und Horten städtisch organisiert sein sollte, anstatt von politiknahen Trägervereinen, da städtische Organisationen gleiche Qualität gewährleisten können bzw. eine Ressourcenverteilung, gerechte Verteilung der Plätze möglich ist. Es ist bedauerlich, dass sich der Bau des Kindergartens zwei Jahre verzögerte. Die Hoffnung war doch dieser Kindergarten würde die Knappheit an Kindergarten- und Krabbelstubenplätzen in der Stadt heute schon lindern. Es beschäftigt uns die Frage als Fraktion ist es gewährleistet, dass der Kindergarten über ausreichend Personal verfügen wird, um effektiv funktionieren zu können? Angesichts der Tatsache, dass etwa 30 Fachkräfte benötigt werden, ist das eine berechtigte Sorge.

Zusätzlich möchten wir darauf hinweisen, jeder neue Kindergarten als Arbeitgeber stellt eine starke Konkurrenz zu magistratseigenen Kinderbetreuungseinrichtungen dar. Dies führt zu potentiellen Personalengpässen in den Magistratseinrichtungen. Wir werden uns der Stimme enthalten.

StR. Schäfer, BSc MSc: Aus der Sicht der FPÖ-Gemeinderatsfraktion finden wir es nicht bedauerlich, dass hier „nur“ ein privater Kindergarten gebaut wird, weil am besten Beispiel der Kinderfreunde kann man sehen, dass das jahrzehntelang nicht nur in Wels, sondern in

ganz Oberösterreich und Österreich hervorragend funktioniert. Auch am Beispiel des Kindergartens Mohnstraße sieht man, dass ein privater Kindergartenträger (Abenteuer Familie) ausgezeichnet funktioniert und wir hier von keiner ungerechten Verteilung sprechen können. Jeder, der einen Einblick in den Betrieb hat oder sich diesen Betrieb mal ansah, weiß, es funktioniert alles sehr gut. Es sind durchaus alle verschiedenen Einkommensgruppen, ethnischen Gruppen vertreten, also es wird ein soziales Miteinander geschaffen, das einem öffentlichen Kindergarten gleichwertig ist. Gleichwertig auch deshalb, weil es sowohl für einen privaten als auch für einen öffentlichen Kindergartenträger die gleichen Richtlinien und Regelungen gibt und alles gleich angewendet wird. Man muss bei einem privaten Kindergartenträger auch noch bedenken, dass es hier eine Förderung des Landes Oberösterreich gibt. Diese Förderung könnte man als Stadt Wels nicht lukrieren. Damit helfen wir der Stadt Wels in der Folge sparen.

Das Argument, man würde hier einen städtischen Kindergarten kannibalisieren, kann man so auch nicht stehen lassen. Wie wir alle bereits in der Aktuellen Stunde hörten, haben wir durchaus in der Kinderbetreuung noch Bedarf, nämlich Bedarf an Plätzen. D.h. wenn ein privater Kindergartenträger diesen Kindergarten nicht bauen würde, müsste die Stadt Wels einen solchen bauen. Das würde einen gesamten Bedarf an Betreuungsplätzen und an Pädagogen schaffen, damit wäre der gleiche Effekt erzielt worden, ob es jetzt ein Privater baut oder die öffentliche Hand.

Ein weiteres Argument war die Verzögerung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte schon auch betonen dieser Wechsel von siebengruppig auf zehngruppig war nicht dem Verein geschuldet, sondern hier ist aktiv die Stadt Wels auf uns zugekommen, ob wir nicht etwas größer bauen könnten, weil es ja geplant war den Kindergarten so zu bauen, dass gewisse Erweiterungsflächen vorgesehen sind. Wir haben jetzt auf Zuruf der Stadt Wels bzw. auf Zuruf des Referenten diese Erweiterung gleich vollzogen und bauen somit gleich diesen zehngruppigen Kindergarten. Dies wäre erst im Endausbau geplant gewesen. Jetzt wird dieser mit einer gewissen Verzögerung gleich errichtet, die natürlich in der Natur der Sache liegt.

GR. Scheinecker, BA: Nachdem heuer die Kinderfreunde 116 Jahre alt sind, muss ich mich zu Wort melden. So ein großes Projekt zu errichten ist keine Kleinigkeit für einen Verein. Ich gratuliere dem Verein dazu. Als Vorsitzende der Kinderfreunde weiß ich, es ist nicht immer einfach eine Kinderbetreuungseinrichtung der Stadt zu führen.

Die gleichen Rahmenbedingungen für alle städtischen und privaten Kinderbetreuungseinrichtungen sind sehr wichtig. Auch ein Ausbau derselben ist sehr wichtig. Vielleicht sollten wir alle gemeinsam - die privaten Träger und die Stadt Wels - an einen Tisch holen, um zu schauen welche Potentiale wir gemeinsam entwickeln können. Wie soll die zukünftige Betreuung aussehen? Diese Informationen kommen vom Land OÖ nur langsam. Auch die pädagogische Vorbereitungszeit gehört miteinberechnet. Es ist für alle durchaus schwierig das Personal zu planen, Projekte zu planen. Hut ab vor diesem Projekt. Die Kinderfreunde haben soeben auch eine Gruppe erweitert, es war sehr viel Aufwand mit den unterschiedlichen Situationen umzugehen. Es ist wichtig, dass wir als Stadt Initiativen unterstützen. Die privaten Betreiber erhalten eine Förderung des Landes.

Es ist ganz wichtig Projekte weiterzuentwickeln und auch als Stadt einen Beitrag zu leisten. 10 Gruppen ist ein kleiner Baustein. Dieser 10-gruppige Kindergarten wurde der Stadt immer als Lösung der Probleme angepriesen. Jetzt haben wir die Situation zwar einen

Kindergarten im Jahr 2025 zu haben, das Problem löst sich aber dennoch nicht, da wir immer noch weiter nachhinken. Es ist wichtig uns zusammzusetzen und zu schauen wieviel Potential wir noch haben und wieviel Potential haben möglicherweise andere Träger. Es gibt zwar jetzt die gleichen Voraussetzungen im Bereich der Abgangsdeckungen, aber in Wirklichkeit haben wir uns auch beschnitten. 12-Monats-Plätze gibt es jetzt nicht mehr, weil dies mit der Abgangsdeckung gar nicht möglich ist. Es gibt Einrichtungen mit 10 Gruppen, die sich leichter führen lassen. Dann haben wir andere Einrichtungen, die ganz anders strukturiert sind, weil sie vielleicht gewachsen sind, wie die Stadtpfarre, die keine 12-Monatskinder mehr aufnehmen kann, weil es in dieser Abgangsdeckungsvereinbarung zu wenig Spielraum gibt. Die Kinderfreunde haben eine ganz andere Struktur als Abenteuer Familie mit fünf Standorten, wo die Abgangsdeckungsvereinbarung durchaus auch Engpässe schafft, weil wir uns sehr schwer mit den Springerinnen tun. Diese „Kehren alles unter einen Deckmantel“, „wir brauchen überall die gleichen Regelungen“ funktioniert in vielen Bereichen leider nicht. Das schafft Lücken, die vielleicht mit einem Zusammensetzen von Vertretern aller Institutionen besser bewältigt werden können. Vielleicht gibt es eine gute Symbiose, man könnte sich anschauen wo es noch Plätze zwischen den Trägern gibt. Es gibt dazu ganz viele Gesprächsthemen.

StR. Rammerstorfer: Vielleicht noch zwei Aspekte, die ich anmerken möchte. Wir zweifeln nicht daran, dass Abenteuer Familie, die Kinderfreunde, das Hilfswerk sehr gut ihre Kinderbetreuungseinrichtungen führen. Wir sind nur als GRÜNE-Fraktion dagegen, dass parteinahe Organisationen Bildungseinrichtungen führen. Das kommt mir geradezu skurril vor, dass es immer einen Aufschrei gibt, wenn ein Politiker in eine Bildungseinrichtung geht. Aber dass parteinahe Organisationen Bildungseinrichtungen betreiben, sehe ich nicht ganz ein. Ich sehe zwar die Notwendigkeit diese Bildungseinrichtungen zu haben. Das ist ein seit Jahrzehnten gewachsenes System, das hat in Wels die Sozialdemokratie durchaus gefördert. Die Freiheitliche Partei erweist sich jetzt als Musterschülerin in dieser Hinsicht und kopiert quasi dieses System auf vielerlei Ebene. Das ist so, mit dem müssen wir leben. Noch einmal - unsere grundsätzliche Kritik richtet sich nicht an die einzelnen Menschen, die dort arbeiten oder die das betreiben, sondern schlicht und ergreifend - wir wollen einfach keine Parteiorganisationen in der Bildung haben!

Zweitens müssen wir durchaus ein bisschen besser werden in der Planung, in der Stadtentwicklung, in der Stadtplanung. Wenn ich als Stadt eine Anzahl von Wohnungen baue, muss ich davon ausgehen, dass dort Menschen hinziehen, Familien gründen und die Kinder einen entsprechenden Betreuungsplatz brauchen.

Wenn ich heute im Statistischen Jahrbuch der Stadt Wels nachblättere, dann sehe ich der größte Posten nach Geburtsjahrgängen sind die Menschen in Wels, die 1996 geboren sind. D.h. diese sind jetzt 27/28 Jahre alt, durchaus ein Alter, wo viele Menschen über eine Familiengründung und Nachwuchs nachdenken. Das sind Zahlen, die man sich sehr genau anschauen muss. Hier müssen wir alle miteinander besser werden. Dann haben wir diese Schwierigkeiten nicht alle zwei Jahre geplante Kindergärten wieder umbauen zu müssen. Da sind alle damit befassten Kräfte durchaus aufgerufen sich näher mit dieser demographischen Entwicklung auseinanderzusetzen, natürlich auch mit dem Zuzug. Falls es in den damit befassten Abteilungen an Personal mangelt, dann wäre ich durchaus dafür dieses aufzustocken, weil natürlich diese Planungsphasen sehr viel Zeit und Geld kosten.

StR. Schäfer, BSc MSc: Zur Klarstellung, weil es ein wenig so rüberkommt als würde die Stadt hier parteinahe oder parteipolitische Vereine fördern, damit diese in der Stadt Wels die Kinderbetreuung sicherstellen. Das ist explizit nicht so, denn die Stadt Wels fördert jeden Verein, der sich bereit erklärt eine Kinderbetreuungseinrichtung zu eröffnen und das im gleichen Ausmaß und nach den gleichen Spielregeln. Es zeigte sich halt in der Vergangenheit, dass es vor allem die Kinderfreunde als parteinahe Organisation der SPÖ war und dass jetzt auch die Welser Freiheitlichen vehement dafür sind die Kinderbetreuung auszubauen. Deshalb sehen wir es auch als unsere Aufgabe privat tätig zu werden und die Kinderbetreuung unter den Spielregeln der Stadt Wels auszubauen.

Völlig richtig Tom, wir haben in der Stadtplanung tatsächlich Defizite. Man muss aber auch sagen, dass es sehr viele rechtskräftige Bebauungspläne gibt, sehr viele Projekte. Sieht man sich eine Projektentwicklung an, so dauert diese zwischen 1 bis 10 Jahre. D.h. wir kämpfen hier mit sehr viel rechtskräftigen Bebauungsplänen, wo einfach ein Eigentümer die Möglichkeit hat zu bauen, ob wir es wollen oder auch nicht. Ich bin aber völlig bei dir die neuen Projekte – das machen wir jetzt in der Stadtentwicklung sehr intensiv – viel nachhaltiger zu planen als in der Vergangenheit. Nachhaltig meine ich jetzt nicht unter dem Deckmantel, dass jetzt überall ein Park, ein Spielplatz mehr dazukommt oder dass 2 - 3 m<sup>2</sup> mehr Grünraum entsteht – hier tut sich tatsächlich sehr viel, aber auch viel weiter. In der Infrastruktur wird sehr viel weitergedacht als noch vor einigen Jahren. Die Stadtplanung gibt den Rahmen vor für die nachhaltige, mittelfristige und langfristige Entwicklung. Wir müssen schon auch bedenken, dass wir sehr viel Projekte aus der Vergangenheit mitschleppen, die einfach rechtskräftig sind und gebaut werden können, ob wir es wollen oder nicht.

In diesem Sinne wird die Stadtentwicklung ab jetzt nachhaltiger betrieben. Hier warten wir noch auf den bereits angesprochenen Masterplan des Kindergartenreferenten, damit wir die Kinderbetreuungssituation mittel- bis langfristig noch besser gewährleisten können.

GR. Mag. Drack: Einen Aspekt möchte ich noch hinzufügen, und zwar die Zielgruppe der Alleinerziehenden. Wir als Fraktion begrüßen natürlich die neuen 10 Gruppen in einem Kindergarten der Abenteuer Familie. Es gibt einen Mix aus städtischen und privaten Kinderbetreuungseinrichtungen. Es ist allen die Zielgruppe der Alleinerziehenden – wie ich heute hörte – ein großes Anliegen. Die Zugangskriterien klaffen mit der Realität der Alleinerziehenden auseinander. Alleinerziehende tun sich um ein Vielfaches schwerer eine Arbeit zu bekommen, nicht zuletzt auch deswegen, weil sie in einer schwierigen Situation mit dem AMS stehen. Das Arbeitsmarktservice verlangt nämlich für den Bezug des Arbeitslosengeldes eine Kinderbetreuung, die Kinderbetreuung verlangt aber eine Arbeitstätigkeit. Insofern kommt es sehr oft zu existenzbedrohenden Bezugssperren. Ich selber gründete mit fünf anderen Personen einen Verein für Alleinerziehende vor ca. eineinhalb Jahren. Wir bekommen laufend diese Fälle mitgeteilt. Das sind Tragödien, die zu Zusammenbrüchen führen und wo niemandem geholfen ist. D.h. wenn schon oft von den Alleinerziehenden gesprochen wird, dann ersuche ich alle an einer Sonderregelung zu arbeiten, dass der Zugang zu Kinderbetreuungseinrichtungen gerade für diese Zielgruppe einfacher wird.

GR. Scheinecker, BA: Die Kinderfreunde sind keine parteinahe Organisation mehr. Natürlich gibt es die Personalunion. Ich glaube es ist bei Abenteuer Familie als auch bei den Kinderfreunden so, dass man kein Mitglied bei der jeweiligen Partei sein muss, wenn man einen Kinder- oder Krabbelstubenplatz braucht. Es macht einen wesentlichen

Unterschied, ob wir darüber diskutieren, dass eine parteinahe Organisation einen Kindergarten baut oder nicht. Die Kinderfreunde sind noch „verbandelt“ mit der Arbeiterbewegung. Das kommt vermutlich daher, dass wir jetzt 116 Jahre alt sind. Die Kinderfreunde bewiesen in der Geschichte oft genug es braucht kein Parteibuch mehr in sämtlichen Bereichen. Ich glaube an einen gemeinsamen Wertebrief, das ist nichts Politisches, sondern etwas sehr Schönes. Das wird wahrscheinlich in anderen privaten Einrichtungen genauso sein. Parteinah sind die Kinderfreunde seit geraumer Zeit nicht mehr.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Vzbgm. Mag. Schinninger: Danke für die Diskussion. Vor längerer Zeit sagte ich bereits, ich halte nichts davon zu sagen dürfen Kinder in eine Betreuungseinrichtung der Kinderfreunde oder anderen Organisationen oder nicht. Es ist gut diese privaten Einrichtungen in der Stadt zu haben. Hätten wir diese nicht, wäre die Thematik Kinderbetreuung und fehlende Plätze doch viel größer. Alle diese Einrichtungen - genau wie die öffentlichen Träger - unterliegen dem gleichen Gesetz, also jeder Betreiber muss sich an das KBBG des Landes Oberösterreich halten.

Kollege StR. Schäfer, Bsc MSc sagte es richtig, wir würden Fördermittel seitens des Landes Oberösterreich liegen lassen, wenn wir diese Einrichtungen als Stadt errichten und betreiben würden. Ich glaube auch nicht, dass wir uns oder sich die privaten Träger gegenseitig kannibalisieren werden, wenn es darum geht Kinder in den Einrichtungen aufzunehmen. Wo es vielleicht eventuell eine „Kannibalisierung“ geben könnte, ist im Personalbereich. Da wird es wirklich eine Challenge für alle sein. Christiane Kroiß stellte mir das Projekt vor. Wenn hier auf einen Schlag 30 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gesucht werden, ist das grundsätzlich für alle anderen Einrichtungen, sowohl für die Stadt Wels als auch den privaten Betreiber bedeutend, weil wir ja wissen, dass seitens der Schulen, der BAFEPs, nicht genügend Personal tatsächlich in die Betreuung geht.

Zur Stadtplanung finde ich gut, dass das mitgedacht wird. Gerne zeige ich dir Kollege Schäfer die Überlegungen noch einmal, wenn du sie vom letzten Jahr auf heuer vergessen haben solltest. Danke dafür alles in die Überlegungen miteinzubeziehen.

Der Antrag zu Punkt 5. der Tagesordnung wird mit

gegen 26 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, MFG)  
4 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Christa Raggl-Mühlberger nimmt wegen Befangenheit an der Abstimmung nicht teil.

Bgm. Dr. Rabl und GR. Reindl-Schwaighofer, MBA sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

6.)

Verein Abenteuer Familie – Kindergarten Durisolstraße;  
Aktualisierung der Abgangsdeckungsvereinbarung  
der geplanten Kinderbildungs- und-betreuungseinrichtung  
Durisolstraße aufgrund einer Gruppenerweiterung  
KI-103-52-2020

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Bildungs- und Gesundheitsausschuss am 08.02.2024:

Beiliegende Abgangsdeckungsvereinbarung zwischen der Stadt Wels und dem Verein Abenteuer Familie – Kindergarten Durisolstraße wird beschlossen.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird mit

gegen 26 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, MFG)  
4 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Christa Raggl-Mühlberger nimmt wegen Befangenheit an der Abstimmung nicht teil.

Bgm. Dr. Rabl und GR. Reindl-Schwaighofer, MBA sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

7.)

Verein „Medien Kultur Haus, Verein zur Förderung der  
Jugendkultur“, Wels, Pollheimerstraße 17;  
Abänderung des Bestandsvertrages  
K-066-10-2022

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Bildungs- und Gesundheitsausschuss am 08.02.2024:

Beiliegende Vertragsänderung zum Bestandsvertrag vom 14.03.2022 (Beilage ./2) mit dem Verein Medien Kultur Haus, Verein zur Förderung der Jugendkultur, wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

8.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien für die Kulturförderung 2024 (KF 2024) erlassen werden  
K-066-10-2023

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Bildungs- und Gesundheitsausschuss am 08.02.2024:

Beiliegende Richtlinien der Kulturförderung 2024 (KF 2024) werden beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Ralph Schäfer, BSc MSc

9.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend Bebauungsplan Nr. 401/1.7 (Stadtteil Neustadt)  
BauR-269-06-2-2023

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 16.01.2023 der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 401/1.7 (Stadtteil Neustadt) beschließen.

StR. Rammerstorfer: Ein großartiges Projekt! Es handelt sich um eine Fläche, die jetzt vollständig versiegelt ist, wo dieser Wohnbau durchaus eine Verbesserung darstellt zum jetzigen Zustand. Weiters ist eine Dachbegrünung eingeplant. Wer das Hygge-Projekt in Lichtenegg kennt – ein ganz großartiges, klimaschonendes Projekt! Der Bauträger ist nicht umsonst Träger zahlreicher Preise aus dem Umweltbereich, wie Mobilitätspreis, dem Verkehrsclub, Klimaaktiv, Zertifizierung Energiestar usw.

Ein Projekt, welches wir zu 100 % gutheißen können. Als kleine Anregung, die wir geben möchten, ist dieses Nadelöhr, dieser gordische Knoten der Welser Verkehrspolitik, wie es die OÖNachrichten sagen - der Grünbachplatz. Wenn wir dann praktisch noch einen Anstieg des Verkehrs mit Lastenrädern haben, müssen wir hier bald eine Lösung finden im Sinne des zunehmenden Fahrradverkehrs. Das ist ja immer wieder Thema der umliegenden Schulen. Ansonsten sind wir natürlich sehr gerne dabei dieses Projekt zu unterstützen.

StR. Schäfer, BSc MSc: Vielen Dank, lieber Tom, für deine Wortmeldung. Der Verkehrsreferent ist schon darum bemüht rund um den Grünbachplatz, rund um den südlichen Teil des Bahnhofes ein Verkehrskonzept zu erarbeiten. Die Ausschreibungen dazu laufen bereits und es wird von ihm sicher dann im Gemeinderat präsentiert werden.

Der Antrag zu Punkt 9. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

GR. Christiane Kroiß verlässt um 16.50 Uhr die Sitzung des Gemeinderates.

Berichterstatter Gemeinderat Mag. Paul Hammerl, MA

10.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Nichterhöhung der Parkgebühren in Wels  
Verf-015-I-3-2024

GR. Mag. Hammerl, MA: Wie der City-Retail-Report Österreich vergangenes Jahr zeigt, verzeichnet die Welser Innenstadt den höchst gemessenen Vermietungsgrad mit 97,7 % der vermietbaren Fläche von 46.200 m<sup>2</sup> - in der A-Lage sogar bei 99,93 %. Wels ist damit die klare Nr. 1 in Oberösterreich und österreichweit rangiert in A-, B- und C-Lagen Wels mit dem dritten Rang ebenfalls im absoluten Spitzenfeld.

Der eingeschlagene Welser Weg zur Belebung der Innenstadt mit einer Vielzahl an Maßnahmen gilt mittlerweile als Best Practice Beispiel für sehr viele Gemeinden in ganz Österreich. Es ist dem professionellen Innenstadtmanagement zu verdanken, dass die Welser Innenstadt mittlerweile zu diesem Vorzeigebispiel geworden ist. Gerade das Zusammenspiel aus Veranstaltungen, Werbemaßnahmen, der attraktiven Gassen und Plätze, das Zusammenführen von Kaufleuten einerseits und den Vermietern andererseits, führte zu diesem großartigen Erfolg. Allein im letzten Jahr gab es über 63 Neueröffnungen in der Welser Innenstadt.

Andererseits zeigen die jetzt im Februar veröffentlichten Konjunkturprognosen des WIFO und des Handelsverbandes einen sehr signifikanten Umsatzrückgang im österreichischen Einzelhandel. Waren die vergangenen Jahre noch von einem massiven Arbeitskräftemangel geprägt, verringert sich die Zahl in den ausgeschriebenen Stellen innerhalb kürzester Zeit um 25 %. 2023 beträgt der Umsatzrückgang real über 3,4 %. Betrachtet man jetzt ausschließlich den Nonfood-Handelsbereich, ist der Umsatzrückgang sogar bei 5,6 %. Dieses Bild zeigt sich auch bei den zahlreichen Gesprächen mit den Welser Kaufleuten. Viele von ihnen blicken tatsächlich in eine getrübe Zukunft der nächsten

Monate. Zu fragil ist die aktuelle Situation der stark gestiegenen Lohn- und Mietkosten, hoher Inflation und reduzierter Kauffreude der Konsumenten.

Umso überraschender ist es, wenn die SPÖ-Fraktion eine Debatte über die Erhöhung der Parkgebühren und eine autofreie Innenstadt lostritt. Die Parkgebühren haben den Zweck die Dauerparker hintanzuhalten und sicherzustellen, dass Kunden der Innenstadtgeschäfte und der Gastronomie auf eine entsprechende Verfügbarkeit der Parkplätze zählen können. Wir sind der Meinung, die aktuellen Parkgebühren und Parktarife reichen völlig aus, um eine hohe Frequenz an verfügbaren Parkplätzen in der Innenstadt sicherzustellen. Diese Meinung teilen auch die zahlreichen Innenstadtbesucher, die Kaufleute und die Gastronomen, mit denen wir dazu in den letzten Tagen gesprochen haben.

Als Welser Freiheitliche finden wir es als den völlig falschen Ansatz, wenn jetzt eine öffentliche Debatte vom Stadtparteiobmann der SPÖ über die Erhöhung der Parkgebühren und über eine autofreie Innenstadt losgetreten wird. Gerade jetzt, wo sich viele Einzelhändler existenziellen Herausforderungen gegenübersehen. Gerade jetzt, wo jeder Euro an Umsatz in den Geschäften in der Innenstadt dringend benötigt wird und gerade jetzt, wo unsere Kaufleute Stabilität und Zuversicht dringend notwendig haben. Als Welser Freiheitliche ist es uns wichtig, dass wir den Kaufleuten diese Stabilität und Zuversicht jedenfalls in den uns gestaltbaren Bereichen ermöglichen.

Die Meinung in der SPÖ-Fraktion ist scheinbar eine sehr geteilte, wenn ich an die mediale Äußerung des Herrn Vzbgm. a.D. Hermann Wimmer denke. Zu befürchten ist also eine öffentliche wochenlange Debatte. Zur Vermeidung einer solchen, bei der sich die SPÖ-Fraktion nicht einmal selbst einig ist und sowohl bei den Kaufleuten als auch bei den Kunden nur Verunsicherung stiften würde, bringen wir den Antrag ein die Parkgebühren nicht zu erhöhen.

GR. Schatzmann: Es kommt wenig überraschend, dass ausgerechnet die FPÖ-Fraktion einen Antrag einbringt, der darauf abzielt alles beim Alten zu belassen. Ihr seid die Meister des alten Denkens. Der vorliegende Antrag ist Konservatismus in seiner reinsten Form. Jedoch ist es nicht allein die Vorhersehbarkeit oder eure Taktiken, die mich beunruhigen, sondern vielmehr die fehlende Wertschätzung für das Herz unserer Stadt, die mich zutiefst stört. Die Darstellung der FPÖ-Fraktion, dass Wels nur günstige Parkmöglichkeiten zu bieten habe, verkauft unsere Innenstadt weit unter Wert.

Ich möchte dieser Darstellung als Welser entschieden entgegenreten. Die Attraktivität unserer Innenstadt beruht nicht auf Parkplätzen. Im Gegenteil erblüht sie trotz der Dominanz von Parkplätzen und Autos. Unsere Position zu diesem Thema sollte keineswegs überraschen. Wir GRÜNE setzen uns immer schon für Lebensqualität ein und dafür, dass die Bürger ihren öffentlichen Raum optimal nutzen können. Die Möglichkeit eines autofreien Stadtplatzes ist dabei keine Utopie, sondern eine realistische Vision, wie uns zahlreiche Veranstaltungen Jahr für Jahr eindrucksvoll vor Augen führen. So weiterzumachen kommt für uns nicht in Frage. Es ist Zeit sich den wahren Herausforderungen zu stellen und nicht länger in der Sackgasse der Parteipolitik und des Populismus zu verharren. Statt leeren politischen Gesten brauchen wir Lösungen, die allen Welsern zugutekommen.

StR. Ganzert: Grundsätzlich freut es mich heute die Gelegenheit zu haben, dieses eigentlich sehr wichtige Thema im Gemeinderat diskutieren zu können. Leider stimmt die von dir gezeichnete Genese nicht ganz, denn laut meiner Wahrnehmung liegt der Ursprung dieser Debatte in der Stadt der Liebe, in Paris. Dort gab es eine Abstimmung darüber, ob man für SUVs eine höhere Parkgebühr fordern sollte. Der Antrag wurde angenommen, aber ich bezweifle die Sinnhaftigkeit, weil sie eine sehr geringe Teilnahme haben. Das ist dann eine Lösung, die nicht die Pariser zahlen, sondern die Personen von außerhalb. Aber das führte dazu, dass in der Stadt Wels wieder über die Parkgebühren gesprochen wurde bzw. ob wir hier etwas ändern sollen.

Die GRÜNEN fanden das zu Beginn ganz gut, weil diejenigen mit mehr Platzbedarf sollen ähnlich wie bei der Miete auch mehr bezahlen. Ich meinte, ein netter populistischer Ansatz, das klingt fair, der schöne Verteilungskampf wer wie viel Platz braucht. Gibt es für einen Smart einen Rabatt? Laut einem Blick von meinem Büro auf den Stadtplatz werden das etwa 10 bis 20 % SUVs sein. Das Problem ist abseits der Gebührenparkzonen ein ganz anderes. Parkende Autos sind oft ein Problem, wenn sie in Gehsteige oder Radwege oder in kombinierte Geh- und Radwege hineinragen. Ganz gleich, ob ich hier eine Gebühr zahle oder nicht, ob es jetzt eine Kombilimousine ist, die in den Platz hineinragt.

Laut meinem Gedankengang wird es an diesen SUVs jetzt nicht scheitern und ich halte es für technisch schwer umsetzbar. Es muss der Autotyp überlegt, die Automaten umgerüstet, das Personal umgeschult werden. Was kommt dann eigentlich raus und ist das der Sinn und Zweck der ganzen Sache?

Aus der Debatte ist eine Frage entstanden. In der Stadt Wels wurden die Parkgebühren das letzte Mal vor 15 Jahren geändert. In allen Medien wurde von mir zitiert, dass das Thema Parkgebühren ein bisschen wie eine „heilige Kuh“ in der Stadt Wels ist. Das Thema wurde die letzten 15 Jahre nicht angegriffen. Man wollte den Preis nicht erhöhen, sondern es wurde diese kostenlose Mittagsstunde eingeführt und man zahlt 1 Euro für 2 Stunden. Wer über die Mittagszeit parkt, kann drei Stunden parken.

In einem WT1-Studio-Interview wurde auch darüber gesprochen. Dabei wurde diese Armin Wolf Frage, ab wieviel Prozent sie zurücktreten, gestellt. Bei solchen Fragen gibt es keine Antwort. Wie ich den Kollegen Vzbgm. Mag. Schininger verstanden habe, war Thema darüber reden und handeln zu müssen. Mir ist hier die Meinung von ehemaligen Mitgliedern des Stadtsenates egal. Ich habe auch nicht den ehemalige Vzbgm. a.D. Dr. Wieser gefragt, wie er die Sache sieht. Vielleicht müssen wir das in Zukunft einbauen. Ich denke wir besprechen es unter denen, die auch hier ein Mandat besitzen.

Dieses Thema wurde bei uns in der Fraktion diskutiert und den Medien teilte ich mit, dass der jetzige Preis keinen Lenkungseffekt hat. Geht es nur darum zu erhöhen, damit wir auf 1,50 Euro, 2 Euro oder 2,50 Euro sind, so sind wir im Vergleich noch immer sehr günstig. Daher Gebühren nur zu erhöhen, um die Einnahmen der Stadt einfach in die Höhe zu treiben, das wollen wir nicht. Das ist der Sache nicht dienlich.

Wir freuen uns aber, dass die FPÖ-Fraktion auf unseren Zug aufspringt, weil wir schon seit Anfang 2022 einen Gebührenstopp fordern. Dazu gab es von unserer Seite schon einige Anträge. Egal, ob das Gebühren für Wasser, Gas, Strom oder Fernwärme sind, wo wir das immer wieder fordern. Dann wird uns erklärt, es geht nicht und wir können das aus diesem und jenem Grund nicht machen. Egal, ob es sich dabei um den Kindergartenbereich oder

um das Basteln in der Schule handelt, so gibt es einfach Mehrheiten. Wer stimmt mit bzw. wer bringt was ein und wer ist welches Ressort? Aber am Ende des Tages entscheidet hier die Mehrheit.

Dann sagten wir trotzdem darüber diskutieren zu wollen. So habe ich auch den Kollegen Vzbgm. Mag. Schinninger verstanden. Er sagte nicht, wir erhöhen einfach auf 2 Euro und dann ist die Sache gut. Das wollen wir nämlich nicht. Sondern wir sagen was wir über Gebühren erreichen wollen. Die FPÖ-Fraktion war hier schon etwas zugänglicher bezüglich der Schaffung eines Lenkungseffektes, nämlich im vergangenen Jahr bei der Schaffung einer Park&Rideanlage am Hauptbahnhof: Kosten schaffen einen Lenkungseffekt! Ich bin stolz zu sagen es ist dort auch gelungen. Durch die Einführung einer Bewirtschaftung sind dort jetzt auf einmal Parkplätze frei und die Anlage kann wesentlich widmungskonformer genutzt werden als bisher. 2 Stunden oder je nach dem wann geparkt wird, 3 Euro für 1 Stunde ist sehr günstig. Ich kenne niemanden für den das die maßgebliche Entscheidung sein soll, um nach Wels oder wo anderes hinzufahren, der vorher die Parkgebühren dafür googelt. Wir haben in der Stadt Wels ein Juwel - das ist die Innenstadt. Diese sollte das Wohnzimmer aller Welser sein.

Paul, wenn ich dich jetzt richtig verstanden habe, dann sollten wir nach eurer Logik schon fast die Fußgängerzonen auflassen und daraus Straßen machen. Dort, wo scheinbar die Autos sind, da ist es gut und dort, wo keine Autos sind, in den Fußgängerzonen und Gassen, dort tut sich nichts. Es ist umgekehrt und man muss mit den hier verwendeten Begrifflichkeiten aufpassen, denn einen autofreien Stadtplatz kann es technisch einfach nicht geben. Es müssen Einsatzfahrzeuge fahren können, es gibt Servitute, einen Lieferverkehr und ein Amtsgebäude, zu dem gehbeeinträchtigte Menschen zufahren können müssen.

Alle anderen Städte außer Wels sprechen über Zonenzufahrtsbeschränkungen und Zonenzufahrtsmanagement. Viele Städte wünschen sich das. Sei es die Stadt Wien mit ihrem ersten Bezirk, die Stadt Linz oder die Stadt Graz, in der gerade in einer Detailfrage mit der Frau Ministerin geklärt wird, ob bei Demonstrationen die Kameras nur ausgeschaltet oder abgehängt werden müssen. In Wels wäre das nicht so das Problem und es geht vor allem um das dahinterliegende Mindset.

Jetzt kann man nicht sagen einfach die Parkplätze wegzugeben und alles geht von selber. Warum fahren wir heute nicht mit dem Auto in Wien in den ersten Bezirk? Weil es dort einen top ausgebauten öffentlichen Verkehr mit ganz anderer Qualität gibt und die Menschen entweder mit dem Zug nach Wien fahren oder das Auto in Hütteldorf abstellen und dann dort den öffentlichen Verkehr nutzen. Wir müssen darüber diskutieren, ob wir eine Innenstadtringlinie bzw. ob wir diese Stellschrauben im öffentlichen Verkehr brauchen.

Wir reden darüber, dass zukünftige Wohnbauten so innovativ sind, wenn sie eigene Lifte haben, in denen auch das Lastenrad Platz findet. Hier soll die Fahrradinfrastruktur in unsere Stadt hinein verbessert werden. Die Bewohner werden in diesem neuen Wohnhaus in der Neustadt vom Verkehrskonzept in der Grünbergstraße und dem Lückenschluss ab dem SportDirect-Parkplatz profitieren.

Wie können wir etwas verbessern? Wären die Parkplätze jetzt immer nur als Kundenparkplätze geeignet, dann wäre es auch noch anders zu diskutieren. Sehen sie sich einmal an den kurzen Arbeitstagen des Magistrates Wels (Mittwoch und Freitag) vor

dem Rathaus an wer hier immer wieder rausgeht und am Parkautomaten bzw. mit App die Parkzeit verlängert. Es gibt sogar einige mit eigenem Stellplatz im Gerstlhaus. Weil kein Steuerungseffekt gegeben ist, ist das eine Frage der Bequemlichkeit ein paar Euro dafür zu bezahlen. Diese kaufen aber im Anschluss nicht in der Stadt ein. Wir sind der Meinung wir brauchen in dieser Stadt eine Aufenthaltsqualität.

Wir sperren den Stadtplatz so oft für die verschiedensten Events. Zufällig dann, wenn dort die wenigsten Autos sind, ist am allermeisten los. Es kann nicht ein ganzes Jahr ein Stadtfest geben und es kann nicht immer diesen Eventcharakter geben. Sind wir doch einmal bereit und frei so wie die anderen Städte zu diskutieren und laut nachzudenken. Wir haben Garagenplätze, die nicht ausgelastet sind. Wir haben das Messegelände, wo vielleicht die Durchwegung noch verbessert werden könnte. Wir haben diese Möglichkeiten. Für eine Stadt wie Wels mit der jetzigen Größe wird es immer schwieriger werden auch den notwendigen Branchenmix zu haben. Das ist aber unabhängig vom Verkehr, denn durch Amazon und Co gibt es hier ganz andere Gegner als das Auto. Wie es andere gemacht haben, davon muss profitiert und gelernt werden.

Wir sind nicht für eine Erhöhung nur damit die Einnahmen für die Stadt Wels höher sind und die Autofahrer mehr Geld bezahlen. Wir sind der Meinung, ob es einen Euro oder vielleicht zwei Euro für zwei Stunden kostet, so ist hier die Hemmschwelle keine andere, es gibt keinen Lenkungseffekt und keinen Grund. Also sind wir nicht diejenigen, die den Leuten das Geld aus der Tasche nehmen wollen, sondern bleiben wir vorerst bei dem Tarif den wir jetzt haben. So möchte ich das gegebene Interview verstanden wissen und so habe ich mich auch immer geäußert. Nutzen wir die Gelegenheit, um darüber zu reden wie wir die Dinge erweitern können.

Ehrlicherweise kann ich mir vorstellen den Westteil des Stadtplatzes zwar nicht autofrei zu machen, aber ihn verkehrsberuhigend und temporärer zu machen. Möchte der Eisacher während der Weihnachtswelt auf die Fahrbahn herunterrücken? Möchte man dort mit einem Kunstweihnachtsmarkt vielleicht ein gewisses Projekt machen oder möchte man im Sommer etwas machen? Als wir diese Beachvolleyball-Anlage notgedrungen wegen einer Baustelle der eww ag in der Traungasse am Stadtplatz hatten, war die Stimmung recht gut, kein einziges Geschäft ging pleite und die Stimmung vor Ort und das Flair war ganz anders.

So sollten wir dieses Thema diskutieren, denn es geht schon in Richtung Verkehrswende. Wir sprechen zwar jetzt über die Gebührenparkplätze in der Innenstadt, aber das Thema Parken betrifft uns im gesamten Stadtgebiet. Ein Stadtteil mit großem Parkdruck ist die Neustadt. Dort ist der größte Arbeitgeber mit dem Klinikum, der Bahnhof - es ist einfach viel los. Wir haben oft Sachzwänge, bauten Gebäude zu einem Zeitpunkt, wo die Anzahl der Autos in der Familie noch weniger war und wo wir in der Alt-Lichtenegg und der Gartenstadt ganz viele Probleme hatten. Deshalb sollte unser Zugang sein wie wir dieses Mobilitätsverhalten unserer Stadt so verändern, dass es das nicht mehr braucht, Damit nicht jeder, der Vollzeit arbeitet, einen Parkplatz braucht, sondern in die S-Bahn einsteigt, um dort mobil zu sein.

Vielleicht gelingt es uns solche Ideen zu haben und auch zu finden betreffend Innenstadt und Gebührenbereich. Es ist ein Teil des Auftrages des Mobilitätskonzeptes. Ich werde die Ergebnisse der Ausschreibung in der nächsten Gemeinderatsitzung präsentieren, damit wir dann unmittelbar mit der Arbeit anfangen können.

Das sind die Fragen, was sich in Zukunft verändern soll. Für das Lenkungsmittel rein über das Geld, damit die Einnahmen des Herrn Bürgermeister steigen, sind wir nicht zu haben, wenn es darum geht die Aufenthaltsqualität zu verbessern, mit bedeutenden Lenkungsmaßnahmen etwas zu erleichtern und jenen Personen einen Denkanstoß zu geben, die immer nur Parkzeit verlängern und nichts kaufen, vielleicht auch die Parkplätze, die es in anderer Form gibt, zu nutzen, um die Parkplätze am Stadtplatz nicht genau den Menschen vorzuenthalten, die sie brauchen.

Hier könnte man sich eine gewisse Maximalzeit überlegen. Z.B. könnte nur für einen durchschnittlichen Zeitraum Geld zum Parken nachgeworfen werden. Lauter Dinge, bei denen wir keine Denkverbote haben und unsere Stadt modern weiterentwickeln sollten. Dafür stehen wir bereit und deswegen stimmen wir diesem Antrag heute auch zu. Allerdings, Erhöhungen nur damit die Einnahmen der Stadt steigen, das gibt es mit uns nicht. Sie sind alle herzlich eingeladen beim Mobilitätskonzept der Stadt Wels sich darüber Gedanken zu machen, wie im Jahr 2040 die Mobilität aussehen wird.

Vielleicht ist es dann schon selbstverständlich, weil es ein anderes Angebot an öffentlichen Personennahverkehr gibt. Vielleicht haben wir dann 2030 das Ziel mit 20 % Radanteil schon erreicht. Vielleicht ändert sich dann etwas und es wird sich in diesen Jahren auch die Szene der Einkaufsstadt verändern. Wir sind hier, um für die Menschen etwas zu tun.

GR. Mag. Hammerl, MA zur Berichtigung: Danke Stefan für deine lange, lange Ausführung! Du hattest angekündigt nicht polemisch, sondern der Sache verbunden zu sein. Vielleicht darf ich jetzt tatsächlich das Zitat von Vzbgm. Mag. Schininger bringen, weil ich es nicht richtig von dir finde zu sagen, dass das alles nicht so war. Auf die Frage von Stefan Schiehauer, ob man generell die Parkgebühren erhöhen sollte, lautete die Antwort: „Ich denke, obwohl es jetzt wahrscheinlich unpopulär kommt, aber ich denke, dass wir da was machen sollten. Ich bin auch der festen Überzeugung, dass die Autos auf Sicht gesehen raus müssen aus der Innenstadt. Auch Umlandparkplätze, Messegelände ist so ein Thema, obwohl mit dem neuen Volksgarten dann durchaus ein paar wenige Parkplätze sein werden. Aber wir haben Tiefgaragen und da muss man sich halt auch etwas überlegen als Stadt. Stefan macht das in hervorragender Art und Weise. Wie bringt man es zustande, dass die Autos raus aus der Innenstadt kommen - etwa in die Tiefgaragen.“

So wie du sagst, es war alles so nicht gemeint und raus aus der Innenstadt, das ist doch nicht so und es sei technisch unmöglich die Innenstadt autofrei zu machen, dann darf ich das doch zur Berichtigung sagen.

StR. Dr. Oberndorfer: Es wurde jetzt schon vieles gesagt, insbesondere von StR. Ganzert, der hier viele richtige Punkte anführte. Selbstverständlich gibt es in dieser Stadt keine Denkverbote, aber es gab diese vom Kollegen Mag. Hammerl, MA zitierte Wortmeldung. So eine Wortmeldung löst dann vielleicht schon eine gewisse Diskussion aus. Sie wäre allerdings sehr überschaubar gewesen, wenn wir nicht diesen Negativantrag im Gemeinderat hätten. Ich habe bei der Bevölkerung nicht mitbekommen, dass das so ein großes Thema war und Kollege Vzbgm. Mag. Schininger im Fernsehen darüber nachdenkt vielleicht bei den Gebühren etwas machen zu können.

Diese heutige Diskussion im Gemeinderat haben wir, weil es einen Antrag von der FPÖ-Fraktion gibt, der lautet: „Die Gebühren sollen bis auf Weiteres nicht erhöht werden“. Das ist ein Negativantrag. Als Jurist finde ich es sehr spannend mit Negativanträgen zu arbeiten

zu beginnen. Wir beschließen, dass wir etwas nicht tun. Wir könnten somit auch beschließen in der Stadthalle nicht zu rauchen, kein Eis zu essen etc. Wir könnten alles Mögliche beschließen. Irgendein Politiker sagt irgendwo etwas und wir beschließen nicht dieser Meinung zu sein – großartig! Wieder ein neues Instrumentarium, welches in der Welser Stadtpolitik Einzug gefunden hat: Ein Negativantrag – ein Nichtantrag!

Jetzt liegt dieser vor und wir müssen uns damit befassen. Dazu gibt es von jeder Fraktion entsprechende Wortmeldungen. Daher auch meine Wortmeldung für meine Fraktion und gleichzeitig auch als Wirtschaftsreferent für diese Stadt. Warum wir überhaupt Parkgebühren haben, dazu wurde schon einiges richtig gesagt. Parkgebühren sollen zum einen das Steueraufkommen erhöhen und zum anderen sollen die Gebühren einen gewissen Lenkungseffekt erzielen. Damit nicht ewig auf dem Parkplatz stehengeblieben wird, gibt es eine Gebühr, die dazu führt, dass hier eine gewisse Frequenz entsteht und die Parkplätze von unterschiedlichen Menschen benutzt werden können mit ihren Autos.

Ist die derzeitige Situation ausreichend oder muss hier etwas geändert werden? Beim Steueraufkommen sind wir Welser in der glücklichen Lage zumindest auf höhere Parkgebühren nicht angewiesen zu sein. Natürlich könnten solche zusätzlichen Einnahmen für das eine oder andere verwendet werden, aber bei der derzeitigen Finanzsituation ist es nicht so, dass wir das unbedingt machen müssen. Das ist in anderen Gemeinden durchaus anders, denn diese müssen Gebühren erhöhen, damit sich selbst finanzieren können.

Bleibt dann nur mehr dieser Lenkungseffekt. Haben wir ein Parkplatzproblem in der Innenstadt? Das kann jeder für sich selbst beantworten. Bekommt man in der Innenstadt einen Parkplatz oder bekommt man ihn nicht? Meine persönliche Erfahrung ist, dass Wels hier sehr gut dran ist. Fährt man in die Innenstadt, so erhält man meistens einen Parkplatz zumindest auf dem Messegelände, in den Parkgaragen am KJ, Traunpark, Gerstlhaus, also im unmittelbaren Zentrum. Dementsprechend brauche ich keine höheren Gebühren, um hier diesen Lenkungseffekt nachzuschärfen. Eine Gebührenerhöhung machen wir ja nicht zum Spaß. Warum sollte ich dann die Gebühren erhöhen, wenn ich das Steueraufkommen nicht brauche und ich diesen Lenkungseffekt nicht brauche, weil ohnehin kein Problem besteht? Also, eine Diskussion über ein Problem, welches in Wirklichkeit gar nicht existiert und das geführt durch einen Negativantrag. Sehr spannend!

Im Ergebnis ist es so, dass diese in der Innenstadt bezahlte Gebühr einen Wettbewerbsnachteil der Händler in der Innenstadt gegenüber den Händlern in den Einkaufszentren und vor allem gegenüber dem Onlinehandel darstellt. Je höher die Gebühr, desto höher ist dieser Wettbewerbsnachteil. Hier sage ich als Wirtschaftsreferent ganz klar, dass es gerade in dieser schwierigen Zeit, in der der Handel momentan steckt, das absolut falsche Signal ist die Wettbewerbsfähigkeit der Innenstadt und des innerstädtischen Handels zu reduzieren. Ganz im Gegenteil müssen wir alles tun, um in diesen schwierigen Zeiten den innerstädtischen Handel zu unterstützen und zu stärken wo wir es können und damit deren Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

Wir brauchen den innerstädtischen Handel, damit die Innenstadt so lebhaft bleibt, wie sie sie derzeit ist. Daher spricht sich unsere Fraktion ganz klar gegen höhere Gebühren aus und das nicht nur bis zur nächsten Gemeinderatssitzung, sondern bis auf Längeres. Ich glaube nicht, dass es diese höheren Gebühren braucht.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Es braucht diesen Antrag sehr wohl und wir bekennen uns zu den derzeitigen Gebühren. Ich darf ihnen die Situation des stationären Handels etwas näherbringen, denn wir hatten in den letzten Jahren wahrlich nichts zu lachen. Beginnend mit den coronabedingten Schließungen und der anschließend extrem hohen Inflation ist schon sehr viel Optimismus und Idealismus dabei, wenn man noch weiterhin ein Einzelhandelsgeschäft betreiben möchte.

Da spreche ich noch gar nicht von der Nachfolgeproblematik, dem Kräftenmangel oder dem Onlinehandel. Der österreichische Handel ist mit 709.000 Beschäftigten laut Statistik Austria der größte Arbeitgeber des Landes und mit 93.200 Unternehmen der Wirtschaftszweig mit den meisten Unternehmen. Dennoch steckt die Branche in einer ihrer größten Krisen aufgrund der rückläufigen Umsätze und der explodierenden Kosten. Insgesamt schrumpfte 2023 die Nachfrage im Einzelhandel signifikant um 3,9 % und in manchen Handelsspannen geht die Prognose sogar inflationsbereinigt um -10 % aus. Rechnen wir noch die explodierenden Kosten dazu, so kann man sich vorstellen, wie es dem Handel geht. Die Verkaufspreise wurden teilweise nicht erhöht und man hat sozusagen auf die eigene Marge verzichtet.

Die Zahl der Insolvenzen sind im ersten Halbjahr 2023 bereits um 10 % gestiegen und die Schließungen nehmen breitflächig zu. Wir sprechen über das Wirtesterben, aber über den Einzelhandel haben wir hier herinnen bis jetzt noch nicht gesprochen. Der Handel braucht jetzt auf keinen Fall erschwerte Bedingungen. Die Zeit ist jetzt nicht, um Diskussionen über erhöhte Parkgebühren zu führen oder überhaupt über „Autos raus aus der Stadt“. Es stimmt, seit vielen Jahren haben wir die gleichen Parkgebühren und ich bin froh darum, denn im Verhältnis sind wir günstig zu anderen Städten und das macht uns natürlich gegenüber anderen Städten für Kunden attraktiv. Wir haben viele Oberflächenparkplätze und auch diese machen es für die anderen Kunden attraktiv, damit sie in unsere Stadt kommen.

Was ist das erste Argument, wenn man Menschen fragt warum sie in ein Einkaufszentrum fahren? Richtig, sie haben einen kostenlosen Parkplatz und sie können trockenen Fußes sofort in das Einkaufszentrum. Hier hilft uns leider das Messegelände nicht, denn jeder möchte zum Einkauf direkt vor die Tür fahren. Der Onlinehandel prägt die Handelslandschaft in ganz Europa. Städte veröden und viele von Unternehmern geführte Unternehmen schließen ihre Pforten. 2022 flossen 11,2 Mrd. Euro in den Onlinehandel. Das sind 1.250 Euro pro Einwohner, nahe doppelt so viel wie vor sechs Jahren. Dadurch gehen gerade für Frauen Halbtagsjobs verloren.

Allein der Artikel vom 22. Februar 2024 in den OÖNachrichten mit der Überschrift „Frachtstau durch Temu- und Shein-Billigware. Chinesische Onlinehändler überschwemmen Märkte“ – lässt alle Alarmglocken schrillen. Nach Daten von Branchenexperten fliegen Shein und Temo jeweils bis zu 5.000 Tonnen täglich Ware aus. Zum Vergleich bei Apple sind es 1.000 Tonnen. Wir haben noch nicht einmal Amazon dazugerechnet. So frage ich mich schon, wann die GRÜNE-Fraktion endlich das einmal zum Thema macht und nicht sinnbefreite Diskussionen über SUVs und deren erhöhte Parkgebühren.

GR. Schatzmann, es wäre doch wirklich von Vorteil, wenn sie einmal mit einigen Unternehmern der Stadt sprechen würden und nicht immer über die FPÖ-Fraktion

herziehen. Schimpfen über die FPÖ-Fraktion ist der einfache Weg und sprechen wir nicht mit den Unternehmen, die von den Kunden leben müssen, die in unserer Stadt einkaufen.

Stefan, ich weiß, Wien ist immer so ein schönes Vorbild. Aber Wien ist einfach nicht Wels. Ich kenne genug Unternehmen in der Mariahilfer Straße, die damals schließen mussten. Jetzt sind viele Läden dort und die von Eigentümern geführte Unternehmen haben diesen Umbau nicht überlebt. Das sagt keiner dazu. Ganz zu schweigen vom leerstehenden Gebäude in der Mariahilfer Straße, welches derzeit eine Bruchbude ist.

Wir als FPÖ-Fraktion, bekennen uns zu den derzeitigen Parkgebühren und möchten im Endeffekt, dass sie so bleiben und unterstützen damit unseren Handel. Der autofreie Stadtplatz gehört bespielt. Er ist breiter wie jede Fußgängerzone. Wir sind weder eine Touristenstadt noch haben wir die Frequenz wie Linz, Wien, Salzburg oder sonst wo. Ich bin nicht der Meinung, wenn wir die Menschen mit der Lupe suchen müssen, dass es dann gut ist eine Stadt zu Tode zu beruhigen.

StR. Rammerstorfer: Kurz eine Replik auf die Kollegin Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Offenbar sind Autofahrende nicht in der Lage auch nur wenige Meter zu Fuß zu gehen, während es bei Menschen, die auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind, es als ganz selbstverständlich angenommen wird. Es gibt viele ältere Mitmenschen, für die der Weg von der Bushaltestelle Kaiser-Josef-Platz zum Rathaus oder zu den Geschäften am Stadtplatz, in der Schmidgasse oder in die Ringstraße ein großes Problem darstellt.

Würde man tatsächlich die Parkgebühr erhöhen - laut der vorherrschenden Stimmung werden wir das nicht machen - wäre es eine sinnvolle Investition mit den erhöhten Parkgebühren einen Innenstadtbus zu installieren. Davon hätten auch die Geschäftslokale am Stadtplatz etwas, vor allem aber unsere älteren Mitmenschen und alle irgendwie gehbeeinträchtigten Menschen. Diese werden aus demografischen Gründen in den nächsten Jahren viel, viel mehr werden und könnten dadurch wesentlich leichter die Attraktionen der Stadt Wels erreichen.

Nicht nur die günstigen Parkgebühren machen unsere Stadt attraktiv. Zum Vergleich zahlt man in Wels für 2 Stunden Parken 1 Euro und mittags ist es noch einmal günstiger. In Steyr zahlt man das 2,4fache (2,40 Euro) und in Linz das Vierfache (4 Euro) – also eklatante Unterschiede. Ich bin der Meinung wir haben uns seit vielen Jahren daran gewöhnt laufend die Gebühren für Krabbelstuben, für Kindergärten, für Kinderhorte, die Abfallgebühren, die Hundeabgabe etc. zu erhöhen. Nur die Parkgebühr ist uns solch eine „heilige Kuh“, die auf keinen Fall angefasst werden darf, weil sonst die offenbar sehr sensible Bevölkerungsgruppe der Autofahrenden hier massive Probleme haben.

Vzbgm. Mag. Schininger, der auch Gesundheitsreferent wird sicher im Hinterkopf haben wie gesund das zu Fuß gehen ist – eine wirklich phantastische Gesundheitssache! Das sollten wir auch tunlichst fördern. Mag. Klaus Schininger als Gesundheitsreferent und ich als Klima- und Umweltpolitiker sehen es aus klima- und umweltpolitischen Gründen als absolute Notwendigkeit das zu fördern. Es macht den Menschen auch Freude, wenn sie sich einmal daran gewöhnt haben. Zur Not können sie den noch zu schaffenden Innenstadtbus benutzen.

Was wollen denn eigentlich die Welser? Dankenswerter Weise hat uns StR. Schäfer, BSc MSc mit den Stadtteillumfragen etwas Einblick gewährt, die professionell und

wissenschaftlich begleitet durchgeführt wurden. Zuerst dachte ich mir Kollege Schäfer, BSc MSc hat das GRÜNE-Parteiprogramm verwechselt und bei den Umfragen hochgeladen. Ich denke es ist nicht so, auch wenn es teilweise wortwörtlich ident ist. Daraus einige wichtige Punkte: Was wünschen sich die Menschen in der Vogelweide? Sie wünschen sich Grünanlagen, Bäume, Verbesserung im Radwegnetz, Busverbindungen, weniger Schwerlastverkehr. Was wünschen sich die Menschen in der Gartenstadt? Sie wünschen sich den Ausbau des Radwegenetzes, sie wünschen sich mehr Parkplätze, gleichsam aber weniger Parkplätze. Das ist die einzige Umfrage, bei der das Thema Parkplätze überhaupt erwähnt wurde und wird etwas schwierig umzusetzen sein.

In der Pernau wünschen sich die Menschen mehr Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Grünflächen erhalten, Bodenversiegelung stoppen, Radwege ausbauen und instandhalten, mehr Grünflächen und mehr Parks. In Lichtenegg möchten die Menschen den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, öffentlicher Verkehr auch am Sonntag, Rad- und Fußwege, getrennte Fahrradstreifen, einen Stopp der Versiegelung, Grünflächen erhalten, keine Versiegelung für große Parkplätze.

Das heißt ein relativ eindeutiges Votum oder ein relativ eindeutiges Meinungsbild, welches sich aus diesen Stadtteillumfragen abzeichnet. Mehr oder billigere Parkgebühren kamen hier nirgends vor, allerdings gibt es dort auch keine Gebührenzone. Den Bürgermeister und Finanzreferenten darf ich an dieser Stelle daran erinnern bei einem der vorigen Punkte gesagt zu haben, dass er sich eher die Hand abhacken würde, als etwas zu tun woraus der Stadt Wels ein finanzieller Nachteil erwächst. Bitte auch das bei diesem Punkt in Erinnerung zu behalten.

Wir hätten einen durchaus positiven Lenkungseffekt durch höhere Parkgebühren. Es ist jeder herzlich eingeladen zu mir um 7.00 Uhr in der Früh in das Büro zu kommen um mit Erstaunen festzustellen, dass der Stadtplatz um diese Zeit schon völlig zugeparkt ist. Es kann natürlich sein sie stellen sich schon um 07.00 Uhr auf den Parkplatz, gehen dann noch zwei Stunden spazieren bis das erste Geschäft aufsperrt oder sie gehen vier Stunden spazieren bevor sie Mittagessen gehen. Kann sein, dass dem so ist, das glaube ich aber weniger.

In diesem Fall haben wir durch die extrem niedrigen Parkgebühren das Problem der Dauerparker am Stadtplatz, die in der Regel nichts bis sehr wenig einkaufen und dadurch Parkplätze dauerhaft verparken, die den Konsumenten und Kunden der Geschäfte am Stadtplatz, der Schmidgasse etc. eigentlich zur Verfügung stehen sollten. Hier haben wir für den Handel einen fast negativen Lenkungseffekt durch die niedrigen Parkgebühren.

Wir GRÜNEN werden gegen diesen Antrag stimmen. Wir sind für die Erhöhung der Parkgebühren und haben diese Debatte auch etwas angezettelt, auch wenn Klaus es dann von den Freiheitlichen umgehängt bekommen hat. Das ist dieser besonderen Dynamik geschuldet, die gerade zwischen euren beiden Parteien herrscht. Ursächlich nehmen wir diese Schuld gerne auf unsere Kappe.

GR. KR. Schönberger: Bevor das nur eine reine Diskussionsveranstaltung zwischen den Stadsenatsmitgliedern wird und der Gemeinderat damit befasst ist, möchte ich mich als kleiner Gemeinderat dazu zu Wort melden, da ich Wirtschaftssprecher der SPÖ-Fraktion bin. Ich muss mich in weiten Teilen StR. Dr. Oberndorfer anschließen. Dieser sagt, es handle sich dabei um einen Nichtantrag. Dass hier eine Diskussion entsteht aus einem

Nebensatz aus einem Interview von einem Medium, welches sich nicht einmal die Hälfte der Welsler ansehen, soll so sein, denn man kann aus jedem alles machen bzw. aus nichts etwas machen.

Ich bin dankbar über die Feststellung von Frau Vzbgm. Raggl-Mühlberger, wie schlecht es dem Handel geht. Es geht auch den Händlern in der Eferdinger Straße, in der Grieskirchner Straße, in der Vogelweiderstraße, am Vogelweiderplatz nicht sehr viel besser. Diese haben ein viel exorbitanteres Parkproblem als die Kollegen aus der Innenstadt.

2016 bekamen wir einen neuen, jungen, motivierten Bürgermeister, der meinte im Sommer die KJ-Tiefgarage zu kaufen, um diesen dortigen Schandfleck zu entfernen, um günstige Tiefgaragenparkplätze zu haben. Anstatt die Tiefgarage zu kaufen, zahlen wir jetzt Jahr für Jahr rund 30.000 Euro an den Betreiber, weil wir auch die Kosten für die Oberflächenparkplätze dort bezahlen müssen. Soweit zu einer gewissen Weitsichtigkeit, wenn es darum geht wie man Autos von der Oberfläche verschwinden lassen kann.

Von der wirtschaftlichen Seite möchte ich noch eine kurze Denkübung geben. Sehen sie sich die Städte an – Wels miteingeschlossen –, haben wir die teuersten Flächen nicht dort, wo die Parkflächen direkt vor der Haustüre sind, sondern wir haben sie in den verkehrsbefreiten Zonen. Das gilt für Wien, Salzburg, Linz und auch für Wels, wenn man sich die Mietpreise der Geschäftslokale in unseren Fußgängerzonen ansieht.

Wie man das in Zukunft vernünftig händelt, füreinander gebracht und neue Modelle auf den Weg bringen kann, das soll man als Politik nicht verbieten und wir sollten alle miteinander angestrengt darüber nachdenken, wie man den stationären Handel einigermaßen aufrechterhalten kann. Die größte Gefahr sind nicht ein oder zwei Euro Parkgebühr, sondern große kostenlose Anbieter, die aus dem Ausland jedes Paket gratis frei Haus liefern und die mehr oder minder 365 Tage, 24 Stunden am Tag, geöffnet haben. Attraktivität stellt sich nicht nur über einen kostenlosen Parkplatz dar, sondern über das Angebot.

Wer an einem Sonntagnachmittag in der Stadt versucht irgendwo einen Kaffee zu trinken, findet ein sehr überschaubares Angebot. Überhaupt wird das in der ganzen Stadt schon sehr schwierig. Darüber sollten wir uns Gedanken machen und nicht, ob das Parken in Wels billig oder teuer ist. Auch wenn das Parken zwei Euro kostet, wird der Stadtplatz nicht leerer sein. Wir sollten uns vernünftige Programme für die ganze Stadt überlegen, wie wir das Thema Parken als solches lösen können. In der Neustadt kollabiert das Ganze. Die Mitarbeiter des Krankenhauses parken bis zur Puchbergerstraße, Kreuzung Toiflweg – alles ist zugeparkt. Auf der anderen Seite sind Landbrachen, wo Häuser abgerissen wurden, die zu 100 % dem städtischen Eigentümer Heimstätte gehören.

Anstatt diese Flächen vorübergehend den Krankenhausmitarbeitern zur Verfügung zu stellen, stehen dort jede Menge Kastenwagen einer eingemieteten Firma. Auch das wäre eine Lösung gewesen, um die Neustadt zu entlasten. Der Kreativität ist hier nicht Einhalt geboten und ich würde mir wünschen einen Gebührenstopp bei vielen anderen Dingen erreichen zu können, die für die Menschen viel wichtiger sind in der Stadt Wels und die viel mehr Menschen treffen als die Wenigen, die in Wels auf den Stadtplatz mit dem Auto fahren, um das Leben leistbarer zu machen.

Bgm. Dr. Rabl: Zuerst eine Richtigstellung, lieber Karl! Diese von dir angesprochenen 30.000 Euro bezahlen wir, weil wir die Parkgarage nicht gekauft haben. Über die Oberflächenparkplätze und betreffend der Auslöse gab es vor einem halben Jahr diesbezüglich schon einen Vertrag im Stadtsenat. Diese Regelung läuft aus, weil wir uns darum kümmerten diese nicht länger bezahlen zu müssen als unbedingt notwendig. Also, keine Sorge, das wurde erledigt! Du weißt es genau, betreffend Ankauf der Tiefgarage hatten wir die Empfehlung des Baudirektors, der ganz klar wegen hoher Investitionen davon abgeraten hat. Wenigstens zahlen wir jetzt nichts mehr dafür.

Generell ist das Thema Parken ein Thema, welches von der Bevölkerung sehr kontroversiell diskutiert wird. Wir wollten mit diesem Antrag einmal prüfen, ob es im Gemeinderat eine breite Mehrheit dafür gibt, über diese Parkgebühren diskutieren und neue Lösungen vorschlagen. Findet dieser Antrag heute keine Mehrheit, so will offensichtlich die Mehrheit in diesem Gemeinderat, dass man über die Höhe der Parkgebühr weiter und intensiver redet und vielleicht Änderungen vornimmt.

Diesen Antrag würde ich nicht als Negativantrag bezeichnen, wie es StR. Dr. Oberndorfer machte, sondern es ist ein Positivantrag, weil positiv festgestellt wird, soll es eine Diskussion darüber geben oder soll es keine Diskussion darüber geben. Hier spreche ich von keinen Diskussions- oder anderen Verboten. Als zuständiger Referent muss man wissen, daher ist der Antrag eher für den StR. Ganzert gemacht, ob er in diesem Bereich Handlungsbedarf hat oder nicht, weil der Gemeinderat ihm den Handlungsbedarf dann vorgibt oder auch nicht.

Stefan wird jetzt sagen, er ist jetzt für die Parkgebühren in diesem Sinne gar nicht zuständig. Ein bisschen schon, weil wir eine Konzentrationsregierung sind und der eine ohne den anderen immer recht wenig machen kann, sondern wir davon leben, dass wir es gemeinsam machen. Deshalb ist es auch notwendig gerade beim Parkplatzthema auf ein Mobilitätskonzept des Verkehrsreferenten zu warten. Dieses ist schon beauftragt. Ich bin gespannt auf das Ergebnis und hoffe, es wird in Einzelbereichen massive Änderungen geben. Ich bin gespannt in welche Richtungen diese Änderungen gehen bzw. was die Fachexperten zum Thema Parken sagen.

Ganz prinzipiell stelle ich fest, wir haben derzeit kein Parkplatzproblem in der Innenstadt. Jeder, der einen Parkplatz braucht, findet nach kurzem Suchen einen solchen. Wir haben ein Problem in der Innenstadt betreffend Kaufleute, Frequenz in den Restaurants und Lokalen. Für viele sind niedrige Parkgebühren trotzdem ein Wettbewerbsvorteil, weil deswegen in die Innenstadt gefahren wird, da viele bei hohen Gebühren erst gar nicht rein fahren.

Insofern war es für uns als FPÖ-Fraktion völlig klar, dass wir keine Erhöhung dieser Parkgebühren wollen, schon seit vielen Jahren diese Linie beibehalten und wir es in der Zwischenzeit schon als Wettbewerbsvorteil ansehen, wenn es keine erhöhten Parkgebühren gibt. Wir sollten daher bei dieser Linie bleiben, weil es eine Unterstützung des Handels, der Gastronomie und der Innenstadt im Gesamten ist. Deswegen bin ich froh über ein klares Votum für diesen Antrag, denn dann wissen wir als politische Vertreter in welche Richtung wir weitergehen wollen.

StR. Ganzert: Vielen Dank, Herr Bürgermeister, den Ball nehme ich natürlich gerne auf. Beim Mobilitätskonzept ist der Ausschreibungsprozess schon abgeschlossen. Natürlich

wird die Beschlussfassung in der kommenden Sitzung nach Vorberatung im zuständigen Ausschuss stattfinden.

Christa, vieles ist nachvollziehbar, aber was die SIGNA-Pleite mit der Bauruine von Lamarr mit Verkehr auf der Mariahilfer Straße zu tun oder nicht zu tun hat, das ist eine ganz andere Geschichte. Sehr gut hat mir die offene Diskussion gefallen, die hier geführt wird. Es gibt auch einen Punkt, warum wir heute zustimmen können, denn wir wollen die Parkgebühren nicht erhöhen und es gibt hier keine Denkschranken. Grundsätzlich kann ich mich dem Kollegen StR. Dr. Oberndorfer betreffend den Stil dieses Nichtantrages anschließen. Wir sollten eher mit einem positiven Bild arbeiten können und uns nicht immer wieder gegenseitig versuchen Dinge nicht zu erlauben.

Wir sehen die Dinge schon etwas anders und vom Kollegen KR. Schönberger wurde der Wettbewerb und die Entscheidung angesprochen. Diese Dinge sind leider an ganz anderer Stelle zu klären. Wir werden die Verschiebungen im Handel, gerade in den Onlinehandel, nicht im Welser Gemeinderat ändern können. Es wurde z.B. Temu angesprochen. Hier bin ich für das Vorziehen des Endes der Zollfreigrenze in der EU, weil tagtäglich Steuerbetrug begangen wird. Hier werden Dinge in die EU importiert, werden nicht verzollt, dadurch günstiger verkauft. Durch die großen Massen kommen die Behörden gar nicht hinterher. Sie haben oft kein CE-Zeichen, sind oft gefährlich.

Was machen diese Online-Giganten? Wo zahlen sie ihre Steuern? Die zahlen sie fast nirgends. Liebe Christa, würde ich vergleichen was du an Steuern zahlst und was Amazon zahlt, so würden wir uns schrecken. Jeder Würstelstand zahlt manchmal mehr als Apple in Österreich, weil sie einfach ein System haben, wo sie ihre Lizenzen verschieben, die Dinge in Irland abrechnen. Das sind Fragen der Gerechtigkeit und die werden wir hier nicht lösen können.

Die Steuergerechtigkeit ist ein klassisches SPÖ-Thema. Wir sind hier ein bisschen auf der Gerechtigkeit der Mobilität und auch hier ist der Wettbewerb ein anderer. Warum werden die gratis Parkplätze in den Einkaufszentren nicht von Fremdparkern zum großen Teil ausgenutzt? Weil dort nicht sehr viel ist in der Einöde, neben keinem höherrangigen Straßennetz, neben keinem eigentlichen „point of interest“ - der ist in der Stadt ein anderer. Viele wollen sich oft nicht vor Augen halten, wenn jemand am Wochenende in die PlusCity fährt und dort irgendwo seinen Parkplatz zwar im Rahmen der PlusCity hat, dass er einen Fußmarsch zum Geschäft hat. Dieser kann dann sogar länger sein als vom KJ-Platz zum Stadtplatz. Es geht hier auch darum, wie das psychologisch gesehen wird.

Den Wettbewerb, den wir haben, ist der stationäre Handel, dass ich mir Dinge ansehen und angreifen kann, dass ich meine Fachberatung habe, dass ich hier im direkten Kontakt stehe und die Aufenthaltsqualität habe. Natürlich auch, um mehr machen zu können, wie z.B. mich mit Freunden treffen, die Gastronomie aufsuche und mich von Dingen inspirieren lassen kann. Hier geht es auch um die Attraktivierung der Innenstadt.

Christa, du sagtest vollkommen richtig, man muss den Stadtplatz auch bespielen. Im Mittelteil des Stadtplatzes ist ersichtlich, dass das auch möglich ist. Es kann dort mit mobilem Grün einmal begonnen, über einen Kinderspielplatz nachgedacht werden oder Sonstiges. Ich gebe zu, der Gastronomiebereich ist nicht endlos skalierbar. Es gibt weder das Personal noch die Gastronomen, noch die Leute, die dort ständig konsumieren könnten, aber es gäbe vieles dort zu machen.

Wir vergleichen uns immer so mit Wien und den großen Städten. Wir brauchen jetzt nicht über Seoul, Tokio oder Hongkong reden. Es gibt kleinere Städte wie Wels, die jetzt den Weg gehen. Z.B. ein kleiner Ort in Niederösterreich mit 10.000 Einwohnern, der den Hauptplatz, ihren Ortsplatz, der Bevölkerung zurückgeben wollen. Da wollen wir etwas tun.

Ich hoffe es gibt eine Lösung und ich nehme den Ball vom Herrn Bürgermeister auf. Unser Stimmverhalten heute ist klar. Bedenken wir bitte aber, viele Städte machen es anders. Wäre damals nicht jemand so mutig gewesen die heutigen Fußgängerzonen zu machen oder in Wien den Graben, den Stefansplatz, so gäbe es heute diese beliebten Plätze in den einzelnen Städten mit der besten Aufenthaltsqualität, mit den höchsten Mieten, mit der größten Frequenz nicht. Ich sagte nicht, dass das unbedingt so kommen muss. Vielleicht gibt es auch noch andere Mittel und Wege dorthin.

GR. Mag. Hammerl, MA: Wenn du sagst, wir sollen den Bürgern etwas zurückgeben, so gehe bitte einmal in der Dämmerung oder am Abend über den Stadtplatz. Wer der Meinung ist, man gibt den Welsern oder dem Umland nichts zurück bei einem sensationell gestalteten Stadtplatz mit Lichteffekten, mit wunderbarer Bepflanzung und mit Schanigärten, so weiß ich nicht was man noch mehr tun kann. Spricht KR. Schönberger davon, dass das WT1-Interview keine große Reichweite hatte, weil es nicht einmal die Hälfte der Welser sah - mit 32.000 Sehern hat es schon die notwendige Weite.

Zum angesprochenen Parkhaus beim Klinikum Wels-Grieskirchen würde ich gerne die Stadtentwicklung unter der damaligen SPÖ-Führung in die Pflicht nehmen und mir überlegen, ob man bei der einen oder anderen damaligen Bausünde im Hinblick auf die Städteplanung vielleicht mitdenken hätte sollen und hier schon ausreichend Parkplätze einplanen hätte sollen. Damit hätten wir dort jetzt nicht die entsprechende Parkplatznot.

Wenn Stefan dann noch der Meinung ist, dass die SUVs in der Stadt der Liebe das Thema sind, dann sei noch einmal gesagt, es geht hier um die SUVs von den Nicht-Parisern. Das heißt, alle die in Paris nicht wohnen, müssen Gebühren zahlen. Zahlen dann alle, die aus Wels-Land oder dem Umland sind auch die Gebühren? Nein, der Umsatz von jedem ist gleich.

Wenn Martin Oberdorfer zum Negativantrag meint, wir könnten auch einen Antrag beschließen in der Stadthalle nicht zu rauchen. Würden wir diesen fassen, so stoßen wir, wenn wir rauchen, gegen ein Bundesgesetz. Ein Gemeinderatsbeschluss, der gegen ein Bundesgesetz verstößt, ist wahrscheinlich nichts wert. Dasselbe wäre ein Gemeinderatsbeschluss in der Stadthalle nichts essen zu dürfen, so würde das im Rahmen der Sitzungspolizei erledigt werden.

StR. Rammerstorfer meinte der Weg vom KJ zum Rathaus ist ein sehr weiter. Vielleicht darf ich dich einladen einmal mit mir gemeinsam Bus zu fahren. Wenn du zum Rathaus möchtest, so wäre es besser entweder auf der Pollheimerstraße, auf der Volksgartenstraße oder im Bereich der Adlerstraße auszusteigen.

Beim Kollegen Schatzmann fehlen mir doch öfters die Worte. Vielleicht wäre es tatsächlich an ihnen darüber nachzudenken, dass sie das, was sie von allen anderen einfordern auch selbst pflegen und nicht immer von den großen Utopien und den Verallgemeinerungen sprechen. Sie sprechen immer davon, dass wir die großen Freunde der Autofahrer sind

und bei uns hat das Auto das größte Statussymbol. Ich bin ein Alltagsradler, fahre 365 Tage im Jahr mit dem Rad. Aber deshalb ist man weder ein besserer noch ein schlechterer Mensch. Vielleicht denken sie einmal darüber nach was der Co<sub>2</sub>-Abdruck des Onlinehandels hinterlässt. Ich denke, hier ist man in der Welser Innenstadt besser aufgehoben. Danke für die Ausführungen und Debatten!

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Der Initiativantrag (Anlage 10) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 28 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, MFG)  
4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Christiane Kroiß hat die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Mag. Ralf Drack

11.)

Initiativantrag der FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- und GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion sowie MFG betreffend Evaluierung des Oö. Lustbarkeitsabgabegesetzes 2015;  
Resolution an das Land Oberösterreich  
Verf-015-I-4-2024

GR. Mag. Drack: Bei diesem von der FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- und GRÜNEN-Fraktion sowie MFG eingebrachten Initiativantrag geht es um das Thema Glücksspiel und um die Lustbarkeitsabgabe. Der Antrag lautet: Der Gemeinderat der Stadt Wels fordert das Land Oberösterreich auf das Oö. Lustbarkeitsabgabegesetz 2015 zu evaluieren und den Abgabenrahmen, insbesondere für Wettterminals, zu erhöhen.

Neben den rasant steigenden Umsätzen der Spielkonzerne gibt es auch zunehmend die Problematik der Spielsucht mit sehr hohen sozialen Folgekosten. Wir GRÜNE haben dazu eine Aktuelle Stunde beantragt, weil wir uns intensiver mit diesem Thema auseinandersetzen wollten, um auch die Positionen der Fraktionen zu hören. Aus bekannten Gründen kam es nicht dazu. Ich werde diesen Aspekt relativ kurz halten und in diesem Initiativantrag jetzt auf das Sachthema, auf die Lustbarkeitsabgabe und die gesellschaftspolitische Notwendigkeit eingehen.

Eine Evolution der Lustbarkeitsabgabe und Erhöhung zumindest in Form einer Anpassung der Gebühren in der Höhe der Inflation ist uns mehr als gesellschaftspolitisch geboten. Vielleicht ein paar Worte zur grundsätzlichen gesetzlichen Situation betreffend Glücksspiel

in Österreich. Die Stadt Wels als Kommune hat wie alle Gemeinden die Möglichkeit in Form der Lustbarkeitsabgabe Gebühren für Wettterminals und Spielapparate festzusetzen. Glücksspiel ist aber ein viel größerer Bereich und vor allem bei der gesetzlichen Situation gibt es sehr viele Querverbindungen. Bei diesem Thema ist diese Sachlage durchaus als komplex zu betrachten.

In Kürze einige Worte, die wichtig für das Verständnis sind. Glücksspiel ist grundsätzlich ein Monopol des Bundes. Der Bundesgesetzgeber legt fest, was als Glücksspiel gilt und erteilt Konzessionen für Glücksspielanbieter, z.B. für den Betrieb von Casinos oder Automatensalons. Das dazugehörige Gesetz ist das Glücksspielgesetz. Österreich hat einen sehr starken Föderalismus. Die Bundesländer können für diesen Bereich spezifische Regelungen erlassen und machen das auch. Z.B. mit dem Oö. Glücksspielautomatengesetz und der Glücksspielautomatenabgabe fließt ein Teil wieder in die Gemeinden – auch in die Stadt Wels - als Einnahmen.

Zusätzlich gibt es davon unabhängig das Oö. Spielapparate- und Wettgesetz, die vom Oö. Glücksspielautomatengesetz nicht berührt werden. Sie decken einen Bereich ab, wo keine Glücksspielabgabe zu leisten ist und hier setzt die Lustbarkeitsabgabe an. Die Tätigkeit von Wettunternehmen, also von den Betrieben, die diese Apparate aufstellen und betreiben, ist bewilligungspflichtig. Sie brauchen dafür eine Bewilligung vom Land. Die entsprechende Regelung dazu findet sich im Oö. Wettgesetz. Wird eine Bewilligung erteilt, wird auch die Kommune informiert und wenn ein Unternehmen dann Apparate aufstellen möchte, besteht dafür eine Meldepflicht nach dem Lustbarkeitsabgabegesetz. An die Stadt Wels sind Gebühren zu entrichten.

Ein besonderer Aspekt sind die Sportwetten von der rechtlichen Seite, da Sportwetten in Österreich nicht als Glücksspiel klassifiziert werden. Österreich ist damit das einzige Land in der EU, in dem Sportwetten sehr gering besteuert werden aufgrund der mangelnden Klassifikation als Glücksspiel und nur mit einer Wettspielabgabe von 2 %, während es beim Glücksspiel ein Steuersatz von 16 % ist. Wenn etwas als Glücksspiel eingestuft wird, das ist bei Sportwetten nicht der Fall, dann hat das große Konsequenzen, weil damit auch der Spielerschutz viel stärker geregelt ist. Es bleibt das Glücksspielgesetz und dort gibt es strenge Regeln und Bestimmungen was den Spielerschutz betrifft, aber auch was die technische Ausführung, z.B. bei den Spielapparaten sowie eine Anbindung an das Bundesrechenzentrum betrifft. Das ist im Sportwetten-Bereich nicht der Fall.

Gleichzeitig sind Sportwetten ein Einfallstor für das Spiel gerade bei jungen Menschen, weil sie die Illusion erzeugen, dass man den Spielverlauf durch Wissen und Kompetenz beeinflussen kann, dass man mit dem Wissen über Teammannschaften einen Gewinn erzielen kann. Doch die Praxis zeigt, der Zufall ist bei weitem der überwiegende und ausschlaggebende Faktor über Gewinn oder Verlust.

Die Sportwetten sind in Österreich sehr stark vertreten. Es gibt verschiedene Sportwetten-Lokale. Laut Steuerverwaltung gibt es 72 Wettterminals und 11 Spielapparate. Im Jahr 2023 nahm die Stadt Wels Lustbarkeitsabgaben in der Höhe von 231.295,63 Euro ein – durchaus ein sehr hoher Betrag. Es ist ersichtlich, dass dieser Bereich sehr wenig reguliert, aber doch sehr groß ist. Für die Spielapparate werden 50 Euro vorgeschrieben, für die Wettterminals 250 Euro je Terminal und je Monat. Bei Betrieben mit mehr als acht Spielapparaten sind es 75 Euro. Man kann sich dann ausrechnen, dass dieser Bereich durchaus nicht vernachlässigbar ist und dass eine Anhebung der Lustbarkeitsabgabe, aber

auch eine Evaluation im Zusammenhang mit den vorhin genannten Aspekten durchaus eine sehr sinnvolle Sache ist.

Zusätzlich gibt es noch aus dem Glückspielbereich Einnahmen durch die eingangs erwähnte Glückspielabgabe. Hier kommt der Bereich der konzessionierten Anbieter (Casinos) dazu. An der Glückspielautomatenabgabe hat die Stadt Wels vom Land Ertragsanteile in der Höhe von 180.413,13 Euro erhalten. Alleine über diese zwei Bereiche des Glückspiels sind wir fast auf über 400.000 Euro pro Jahr. Gar nicht im Blick ist dabei der wesentlich größte Bereich des Spielens - die Online Spiele. Hier gibt es einen großen Teil auch illegale Anbieter, welche Online-Casinos anbieten, in Malta sitzen, wo sich auch Influencer tummeln und große Geschäfte gemacht werden. Auch da wird die Zielgruppe der Jugendlichen gezielt angesprochen im Internet aufgrund der mangelnden Regelungen.

Österreich hat z.B. kein IP-Blocking gegen illegale Anbieter wie andere Länder und daher sind sie schutzlos der Spiel- und auch der Suchtgefahr ausgesetzt. Mit der Resolution an das Land OÖ zeigt die Stadt wie wichtig ihr dieses Thema ist. Es ist sicher nicht die einzige Lösungs- und Handlungsmöglichkeit, die man im Bereich der Spielsucht und des Glückspiels setzen kann, aber sicher eine sehr sinnvolle Maßnahme hier die Steuern zu erhöhen und vor allem eine Evaluierung im Land Oberösterreich anzuregen. Ich ersuche um Debatte und Diskussionsbeiträge.

StR. Ganzert: Lieber Ralph, ich möchte mir sehr herzlich bei dir bedanken, du hast es uns jetzt sehr technisch ausgeführt. Das spricht für dich – du bist sehr sachlich in diesem Thema unterwegs. Es hätte mich sehr gefreut, wenn es uns in der Aktuellen Stunde gelungen wäre über das Thema Glückspiel, Spielsucht zu sprechen. Nichtsdestotrotz lag es an dir mit allen Fraktionen hier das Gespräch zu suchen. Wir haben diesbezüglich telefoniert, alles durchbesprochen und ich freue mich über ein gemeinsames Bild bei diesem Antrag.

Für mich ist dieses Thema Glückspiel in welcher Form auch immer wahrlich kein neues. Ich versuchte in der letzten Periode immer wieder durch Aktuelle Stunden oder durch eigene Anträge auf das Thema aufmerksam zu machen. Wir forderten nicht nur einmal das Verbot des kleinen Glücksspiels. Allerdings wurde es immer wieder in den zuständigen Ausschuss verwiesen durch die damaligen Mehrheiten im Gemeinderat. Es wurde oft erörtert wie schwierig das ist. Natürlich ist es keine so einfache Sache. Laut den Ausführungen von Mag. Drack steckt hier sehr viel dahinter. Unsere Meinung ist aber grundsätzlich immer noch gleich.

Wir wissen aus den Mehrheitsverhältnissen, dass sich daran nichts geändert hat, deswegen auch unsere Unterstützung. Haben wir hier Hebel, an denen wir etwas machen können, so wollen wir auch mit dabei sein. Alle im Gemeinderat vertretenen Parteien sind ja auch im Oö. Landtag und ich hoffe sie werden sich dafür einsetzen, dass dies auch entsprechend im Gesetzestext Einfluss hat. Wer nimmt hier wie welche Rolle wahr? Wir fordern das Verbot des kleinen Glückspiels und in einigen Bundesländern wurde das kleine Glückspiel ganz einfach verboten. In unserem Nachbarland Salzburg ist es schon sehr lange verboten. Auch bei uns hieß es früher, es soll so wie in einigen anderen Bundesländern verboten werden.

Jetzt haben wir dort eine neue Landesregierung und Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Marlene Svazek sagt, es ist zwar illegal, aber weil wir es nicht kontrollieren

können und es dadurch nichts bringt legalisieren wir es lieber. Eigentlich argumentiert sie so wie diejenigen, die Cannabis legalisieren wollen, genau mit dem Argument es nicht eindämmen zu können, daher machen wir es lieber unter staatlicher Aufsicht, in kleinen Dosen und mit dem dafür notwendigen Schutz. Der ORF meldet dazu „Schuldenturbo – Kniefall vor Glückspielmafia“.

Wir diskutieren hier sachlich, korrekt präsentiert, wie man an solch ein Thema herangeht. Unsere Haltung hat sich nicht geändert. Wir wissen, dass alleine die Möglichkeit für viele ein großes Problem darstellen kann, zu Suchterkrankungen führen und ganze Existenzen auf das Spiel gesetzt werden können. Es würde uns freuen, wenn wir nicht so ein Beispiel wie in Salzburg hätten, sondern jenes, für welches sich die Stadt Wien vor einigen Jahren durchgerungen hat und dieses durchsetzen könnte. Auch hier ist das Online-Geschäft eine große Lücke, wo es auch für den Staat Österreich schwierig ist. Aber das ist eine Sache, die die Gerichte derzeit sehr stark beschäftigt, weil hier keine richtigen Verträge zustande gekommen sind.

Danke noch einmal für die Einladung, wir unterstützen das natürlich und werden unseren Landesclub bitten uns entsprechend zu unterstützen im Oö. Landtag, damit es hier zu einer schnellen und raschen Umsetzung kommt.

StR. Rammerstorfer: Ich möchte die Thematik lokal herunterbrechen. Wir haben in Wels eine Filiale von bonus.direct, Games- und Lions-Pets, jeweils zwei von Felicitas und WINWIN, jeweils drei von Bad Kick Terminals, fünf von Cashpoint, acht von Admiral, zwölf von Better Day, dreizehn von Tipico. Die Wettannahmen für Tipp 3 sind an 27 Stellen möglich. Es gibt also insgesamt 78 stationäre Möglichkeiten sich an Wetten oder am Automaten spiel zu beteiligen.

Schränkt man hier allzu sehr ein, so gibt es die Problematik des illegalen Glückspiels oder des Online-Glückspiels, welches noch schwieriger zu kontrollieren ist. Zwischen 2017 und 2022 sind alleine in Wels 509 Automaten beschlagnahmt worden aus dem illegalen Bereich. In ganz Oberösterreich waren es in diesem Zeitraum 2388. Also das zeigt auch etwas die Dimension dieses Problems.

Es ist durchaus eine positive finanzielle Dimension für die Stadt Wels. Wir haben Einnahmen aus der Lustbarkeitsabgabe von 230.000 Euro, aus der Glückspielautomatenabgabe von 180.000 Euro. Erreichen wir hier eine Erhöhung um 10 %, so haben wir hier brauchbares Geld für die Glücksspielprävention, für die Suchtprävention im Glücksspiel. Diese ist ganz dringend notwendig. Ganz stark aktiv sind diese Konzerne im Sportsponsoring. Es hat sich leider in den letzten 20 Jahren so entwickelt, dass viele Vereine, viele Sparten, viele Ligen gar nicht mehr ohne diese Sponsoren aus der Wettzene existieren können. Das ist leider so verwachsen und in manchen Bereichen ist man hier völlig abhängig.

Diese Abhängigkeit werden wir als Welser Gemeinderat nicht beenden können. Hier müsste mindestes auf Bundesebene, eher auf EU-Ebene etwas passieren. Wir können aber mit möglichen Mehreinnahmen aus der Besteuerung der Lustbarkeitsabgabe mehr in der Prävention machen, gerade mehr in die Sportvereine gehen, wo die jungen Menschen sind. Vor allem junge Männer sind suchtgefährdet und der Dauerbewerbung dieser Wettspiele ausgesetzt.

Stefan Ganzert kann ich mich nur anschließen. Wir alle haben unsere Fraktionen im Landtag. Auch von mir die Aufforderung mit den dortigen Kollegen zu sprechen. Wir werden natürlich mit unseren Kollegen reden - vielleicht können wir hier gemeinsam etwas erreichen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Lassen sie mich ein paar Worte verlieren zum Thema Spielsucht/Spielsuchtberatung. Diesen Antrag unterstützen wir natürlich gerne, weil er sehr unterstützenswert ist - nur geht er uns leider nicht weit genug. Ich möchte jetzt nicht diese Historie aufarbeiten, wer wann welchen Antrag einbrachte. Im letzten Initiativantrag 2017 zur Änderung des Wettgesetzes ging es darum, dass das Wettgesetz kein Geschicklichkeitsspiel, sondern ein Glücksspiel ist und dass es dadurch zu mehr Kontrollen kommt zur Einhaltung von Bestimmungen, Einrichtung eines Warnsystems, Spielerschutzmaßnahmen und vieles mehr.

Erwähnt sei an dieser Stelle, dass die Stadt Wels das höchst zulässige Maß an Lustbarkeitsabgaben verrechnet. Die Sportwetten sind im Jahr 2023 von 40 auf 43 % gestiegen und die Automatenproblematik ist von 64 % auf 58 % gesunken. Die Wetten sind stark im Vormarsch. Das Glücksspiel hat sich deswegen etwas reguliert, weil das Land relativ stark eingreift in die Regulierung und Reglementierung der Lizenzvergabe. Es gibt derzeit nur ein anhängiges Verfahren im Bereich des illegalen Glücksspiels. Das ist derzeit kein Problem. Danke der Finanzpolizei, denn diese ist hier wirklich vehement dahinter.

Lieber Stefan, betreffend das Verbot des kleinen Glücksspiels, sprich bitte mit der zuständigen Fachabteilung. Diese sind dezidiert dagegen, denn damit rutscht es wieder in die Illegalität ab, welche wir derzeit gut bekämpft haben und in jener Illegalität wirkt leider der Spielerschutz nicht. Sie sind wirklich gegen das Verbot des kleinen Glücksspiels. Bitte sprich mit ihnen, denn dies ist wirklich nicht der Weg, den sie gerne möchten.

Ich möchte mich sehr herzlich bei meinen Mitarbeitern in der Spielsuchtberatung bedanken, die wirklich ausgezeichnet arbeiten und hochmotiviert sind. Herr GR. Mag. Drack, das lasse ich mir von ihnen in einer Presseaussendung sicher nicht schlecht reden! Bei solchen Sätzen wie „es wird in Wels zu wenig gegen die Gefahr der Spielsucht unternommen“ frage ich mich, wann sie sich das letzte Mal darüber informiert haben. Es scheint mir sie sprechen dem Populismus in den letzten Monaten eifrig zu.

Selbst die Parteibefrau der GRÜNEN, Eva Glawischnig, hielt es nicht für notwendig mich zurückzurufen, nachdem ich sie gebeten habe mit ihr ein gemeinsames Konzept zu erstellen, um etwas gegen die Prävention unternehmen zu können, dass wir ein Projekt auf die Beine stellen. Sie war vier Jahre bei Novomatic und hat dahingehend nichts unternommen.

Die Stadt Wels bekam im Jahr 2015 Förderungen in Höhe von 5.000 Euro für die Spielsuchtberatung. Derzeit bekommen wir durch meine Initiative seit 2021 86.000 Euro, 2023 waren es 92.000 Euro. Wir sind im Land OÖ neben dem Med.Campus die zweite Spielsuchtberatung. Die Stadt Wels ist seit 2022 Mitglied beim Deutschen Bündnis gegen Sportwettenwerbung, seit März 2022 gibt es die österreichische Initiative „Sportwetten gleich Glücksspiel“ und im Oktober 2023 startete die Initiative österreichweit mit mindestens zwei Mitgliedern pro Bundesland. Keine Frage - Wels ist mit dabei!

2024 legen wir verstärkt auf Präventionsprojekte mit Fokus im Welser Zentralraum, auf gut besuchten Plätzen, freistehende Aufsteller und Sitzauflagen auf Bänken mit daraufstehenden Informationen. Mit einem QR-Code kann man sich Inhalte und Beratungsmöglichkeiten herunterladen. Gestartet wird im Frühjahr 2024. Außerdem starten wir heuer ein Projekt zur Sensibilisierung von Jugendlichen in den Welser Jugendtreffs unter dem Titel „Eigentor – Wetten du verlierst? Lass dich nicht verarschen!“ Dazu gewonnen konnte Herr Stefan Resch von der Selbsthilfegruppe Gold, um sein Wissen an die Jugendlichen weiterzugeben.

In den letzten Jahren gab es auch jährliche Angehörigen-Entlastungsgruppen, um die Angehörigen in dieser schweren Zeit zu begleiten. Das alles neben 888 Beratungsgesprächen, Informationsständen und diversen Online Fortbildungen. Neben den Wettbüros und den Glücksspielautomaten gibt es noch die Online-Rollen- und Shooter-Spiele. Diese beinhalten versteckte Glücksspielelemente, wie Lootboxen, In-Game- und App-Käufe. In Deutschland sind Lootboxen durch das Glücksspielrecht, das Verbraucherschutzrecht und das Jugendschutzrecht stark reguliert.

Zusammenfassend kann eindeutig gesagt werden, dass die Politik hier endlich ins Tun und ins Handeln kommen muss. Daher fordere ich die zuständigen Politiker, im Land die SPÖ durch Landesrat Mag. Michael Lindner, sowie im Bund die ÖVP durch Finanzminister Magnus Brunner auf sich endlich mit der Ernsthaftigkeit dieses Themas auseinanderzusetzen.

GR. Mag. Drack: Danke für die breite Unterstützung. Zum Schluss möchte ich noch auf ein paar erwähnte Themen eingehen. Die von dir Christa angesprochene Spielsucht in der Stadt Wels habe ich nicht so verstanden bzw. wissen wollen, dass die Stadt zu wenig im Bereich der Spielsuchtberatung tut. Laut meiner Aussage wird im Bereich der Prävention zu wenig getan, weil die Spielsuchtberatung ja dort ansetzt wo die Menschen schon ein Problem haben und spielsüchtig sind. Das ist ja nur die Spitze des Eisberges und der Andrang ist massiv im Steigen. Selbst dort könnten noch mehr Mittel eingesetzt werden. Ich meinte vor allem den Präventionsbereich, z.B. in den Schulen oder in der offenen Jugendarbeit, von einem Sozial-Monitoring betreffend Spielsuchtentwicklungen bis hin zur Aufklärungsarbeit über die Gefahren und Risikofaktoren bei den Verhaltenssüchtigen. Danke!

Der Initiativantrag (Anlage 11) der FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- und GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion sowie der MFG wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die regen Diskussionsbeiträge und erklärt die Sitzung des Gemeinderates für geschlossen.

## **H I N W E I S für Internet-Nutzer:**

*Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 06.05.2024 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.*